

Leipziger Volkszeitung

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboonektenpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mr., für 1 Monat 80 Pf. — Beistellgeld vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 12003

Abonneren kostet die 7 gespaltene Pettigree oder deren Raum 25 Pf., bei Playvorlesung 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Proleten ist bei der Belaimauflage 4.— Mit jedem Tausend, bei Teilauflage 5.— Mr. — Schluss der Annahme von Abonneren für die fällige Nummer frist 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Abonneren-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Eine amtliche Bekanntmachung im Reichsanzeiger sieht das Inkrafttreten der Angestelltenversicherung auf den 1. Januar 1913 fest.

Den Genossen Dorchardt und Leinert wurde die schriftliche Vergründung des Haushaltssparparaphenprozesses zugesellt.

In der österreichischen Delegation trat die Regierung für weitere Rüstungen zur See ein.

Serbien hat eingewilligt, daß ein österreichischer Kommissar an Ort und Stelle nach dem angeblich ermordeten Konsul Prohaska forscht.

Zwischen den verbündeten Balkanstaaten und der Türkei wird ein Waffenstillstand vorbereitet.

In Nikolajew (Sibirienland) sind 10 000 Verstorbene ausständig.

Die amerikanischen Wahlen.

Leipzig, 21. November.

Aus New York wird uns vom 8. November geschrieben: Die Nationalwahlen sind vorbei. Sie haben uns gehalten, was sie versprochen hatten, obwohl wir das einzige, vor zwei Jahren von dem Genossen Berger in Milwaukee eroberte Kongressmandat verloren. Sie übertrafen wie unsere Erwartungen, so die Versicherungen unserer Gegner, obwohl die Demokraten unter der Führung und nach dem Vorbilde ihres Präsidentschaftskandidaten Woodrow Wilson die Rolle der Ultraradikalen mimten und Theodore Roosevelt, dieser politische Barnum und demagogische Rattenfänger, es jenen noch zuvorat, sein „sozialpolitisches“ Herz entdeckte und die sämtlichen sozialistischen Gegenwartsforderungen in sein „Programm“ aufnahm.

Rund 900 000 Stimmen hat unser Präsidentschaftskandidat Debs auf sich vereinigt; vor vier Jahren erhielt er deren 421 000. Abgesehen von dem kleinen Staat Connecticut ist allenthalben eine starke Zunahme zu verzeichnen. In einigen Staaten ist sie geradezu phänomenal, so z. B. in Ohio, wo vor vier Jahren 33 000, jetzt dagegen nahezu 100 000 rote Stimmzettel in die Wahlurnen geworfen wurden. In Kalifornien wurden am Dienstag 85 000 (1908: 28 000), in Illinois gegen 100 000 (1908: 34 000), davon in der Stadt Chicago allein 54 000, in dem jungen Staat Oklahoma über 50 000 (1908: 21 000), in Pennsylvania mehr als 90 000 (1908: 33 000) sozialistische Stimmen gezählt.

„Die erschredend große Anzahl sozialistischer Stimmen hat unter den Politikern (der bürgerlichen Parteien) Ent-

sezen erregt“, meldet der Associated Press, das größte Nachrichtenbureau Amerikas, heute aus Pittsburgh.

Wo immer wir einen Vertreter in einer gesetzgebenden Körperschaft verloren, haben wir unsrige Stimmenzahl erhöht, so in Schenectady, New York, wo Merrill, der einzige Sozialist in dem Neuyorker Landtag, in Rhode Island, wo Dr. Reid, der alleinige Vertreter der Sozialdemokratie in dem Staatsparlament, und in Milwaukee, wo Berger geschlagen wurde. Berger unterlag einer Koalition der Demokraten und Republikaner. Hierzulande entscheidet, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die relative Mehrheit. Vor zwei Jahren vereinigte Berger 13 000 Stimmen auf sich, während auf seine beiden Gegenkandidaten 21 500 fielen. Aus dem gleichen Grunde ging unsre in Milwaukee erkorene Vertretung in der Legislatur Wisconsin's von 12 Assembly-Abgeordneten auf 6 und von 2 Senatoren auf 1 zurück.

Dagegen halten wir in Nevada, Kansas und Illinois, wahrscheinlich auch in Kalifornien und Westvirginia zum erstenmal unsren Einzug in die Volksvertretung. Der Kanopah-Bergbau Bezirk, Nevada, erwähnte 4 Mitglieder der Zweiten und 2 der Ersten Kammer; Chicago entsendet 4 Genossen in die Zweite Kammer des Parlaments von Illinois, in Girard errang Genosse Wilson die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen und hält in das Parlament von Kansas seinen Einzug.

Mit einer in der Geschichte der Vereinigten Staaten unerhörten Majorität der Elektoren (Wahlmänner) Stimmen ist der Demokrat Wilson zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erkoren. Seine Partei brachte bei den am Dienstag vorgenommenen Wahlen 446, die Republikaner, welche Taft auffesteten, 8, die Progressiven füllt Roosevelt 77. Elektoren durch. Die Republikaner behaupteten nur die kleinen Staaten Utah und Vermont; Pennsylvania, Minnesota, Michigan, South Dakota und Washington verloren sie an Roosevelt, den Rest ihres alten Besitzstands an die Demokraten, welchen die Elektoren von 41 Staaten zusielen.

Und doch vertritt Wilson nur eine Minderheit der Bürger, wenn er am 4. März nächsten Jahres seinen Einzug in das Weiße Haus (Präsidentenpalais) zu Washington hält.

Trotz der größeren Wahlbeteiligung brachten die Demokraten nur 6 350 000 Urwählerstimmen auf, 50 000 weniger als vor vier Jahren, da ihr Präsidentschaftskandidat Bryan mit Glanz gegen Taft durchfiel. Auf die progressiven Wahlmänner lauteten am Dienstag 4 205 000, auf die republikanischen 3 505 000 Wahlzettel. Die beiden republikanischen Gruppen (Republikaner und Progressive) erzielten zusammen 7 710 000 Stimmen, d. h. 1 351 000 mehr, als die Demokraten mit ihrem „glorreichen Sieg“, der eigentlich auf die Sprengung der republikanischen Partei durch Roosevelt zurückzuführen ist. Uebrigens erhielt Taft im Jahre 1908 nur 7 679 000, also weniger Stimmen, als Progressive und Republikaner diesmal aufbrachten.

Allerdings hat ein Teil des linken demokratischen Flügels für Roosevelt gestimmt, dem es der demokratische Bewerber Wilson auch beim besten Willen an demokratischen Redenarten nicht gleichkam. Aber auf der andern Seite stimmten die erzreaktionären Republikaner in hellen Scharen für Wilson, weil sie darin das sicherste Mittel sahen, die Wahl Roosevelts zu vereiteln, den sie als Vertreter an ihrer Partei hassen und verabscheuen. Das Eintreten von Republikanern für Wilson läßt sich in einer Reihe von Staaten, insbesondere in Kalifornien, äußerst häufig nachweisen. Nach dem in Milwaukee auf Roosevelt verübten Anschlag schien es eine Zeitlang möglich, daß der Rauhreiter, entgegen allen früheren Anzeichen, als Nachfolger seines eignen Nachfolgers Taft, wieder Präsident der Vereinigten Staaten wird.

Schon jetzt trägt der demokratische Sieg den Keim einer künftigen Niederlage in sich, nicht nur deshalb, weil der Machtsitzung ein entsprechender Rückhalt in den Wählermassen fehlt, sondern in noch viel höherem Grade darum, weil die Demokraten nicht nur den Präsidenten stellen, sondern auch in beiden Häusern des Kongresses (Bundestag) die Mehrheit haben. Das Repräsentantenhaus hält vom März nächsten Jahres an 297 Demokraten, 122 Republikaner und 16 Progressive. Im Senat werden 52 Demokraten unter insgesamt 96 Mitgliedern sitzen. Als unabdingte Herrin der Gesetzgebung und der Verwaltung kann die Demokratie die Verantwortung für die Politik der nächsten Jahre nicht auf andre Schultern abwälzen. Das bestiegelt ihr Verhängnis.

Niemand kann zugleich zwei Herren dienen, deren Interessen sich gegenseitig ausschließen. Entweder die Demokraten geben die kapitalistischen Interessen preis, deren Wahrnehmung sie gelobten; dann verlieren sie ihre stärkste Stütze; oder sie verraten die Massen und verlieren einen nicht geringen Teil ihrer Gefolgschaft aus den Kreisen der Arbeiter und Kleinbürger. Sie werden tun, was sie ihrem innersten Wege nach nicht lassen können, und dem Großkapital Landsknechte halten. Haben doch die Stahltrustmagnaten Corry und Fric, sowie der Bahnhof König Hill, trotz ihres republikanischen Glaubensbekenntnisses, schon vorgestern ihrer höchsten Befriedigung über den Sieg des Demokraten Wilson Ausdruck verliehen.

Es ist sogar noch fraglich, ob die Demokraten auch nur ihrem Ver sprechen, die Hochsuhu-Zollshranken teilweise zu erläutern und die unerträgliche Teuerung wenigstens etwas zu mildern, ernstlich gerecht werden. Bei der Abstimmung über den Kanadisch-amerikanischen Handelsvertrag konnte man beobachten, daß die Stellungnahme der einzelnen Volksvertreter nicht von ihrer Parteizugehörigkeit, sondern von den Rücksichten auf die wirtschaftlich stärksten Kreise ihres Wahlbezirks diktiert wird.

erzählen, daß die Pfarrfrau sie hier in dem Schrank zurückgelassen habe, während er und die Fremden im Wohnzimmer gewesen seien. Sie seien nur hereingekommen, des Herrn Pfarrer Sonntagsanzug zu holen.

Der Pfarrer blieb nachdenklich stehen. Dann sagte er: „Du kannst ruhig die Wahrheit sagen, denn schlimmer, als es ist, kann es nicht mehr werden. Nicht meine Frau, sondern Maja Lisa ist es wohl gewesen, die dich hier in den Schrank gesperrt hat?“

Die Kleine war so außer sich, daß sie kaum die Worte herausbringen konnte.

„Die Pfarrerstochter!“ rief sie. „Sie sollte mich in einen Schrank einsperren, um da zu horchen? Da ist sie sich wirklich zu gut dazu.“

Der Pfarrer seufzte. „Es gibt wohl nicht viel, für das sie sich zu gut ist,“ sagte er. „Glaube ja nicht, ich werde noch ärgerlicher über dich werden, wenn du gestehst, daß dich Maja Lisa hier hineingestellt hat. Du sollst weder wegen des einen noch wegen des andern gescholten werden, wenn du nur die Wahrheit sagst.“

Die Kleine wußte ganz bestimmt, daß sie seitdem sie nach Lövdala gekommen war, auch nicht ein unwahres Wort gesprochen hatte, und das sagte sie dem Herrn Pfarrer auch.

Aber das war dem Pfarrer jetzt höchst gleichgültig. „Ich begreife ja, daß Maja Lisa allen Grund hatte, Angst zu haben,“ sagte er. „Und deshalb begreife ich auch, daß sie dich gebeten hat, hier hereinzugehen, um zu erlauschen, was wir hier sprachen. Die Frau Pfarrer aber hat ja mit der Sache gar nichts zu tun.“

Die Kleine stand still da und erwiderte kein Wort. Sie wußte nicht, was sie sagen durfte. Von der Pfarrerstochter war ihr streng verboten, dem Pfarrer irgendeine Klatscherei über die Pfarrfrau zu hinterbringen, und ihre eigene Mutter hatte dasselbe gesagt. Es war hier nicht wie in Svanslog;

dort hatte sie alles, was es auch sein möchte, erzählen dürfen.

Als sie schwieg, schien der Pfarrer bestimmt anzunehmen, daß alles sei, wie er glaubte, und er gab ihr, sich zu entfernen.

Sie kam auch bis zur Tür; aber da rief er sie zurück. Es war ihm noch etwas in den Sinn gekommen, worüber er sie befragen wollte.

„Hör einmal!“ begann er. „Da du solche Aufträge für Maja Lisa besorgt hast, bist du vielleicht auch die, die ihr beim Schreiben dieses Briefes geholfen hat? Denn er ist mit einer Kinderschrift geschrieben, und du kannst ja lesen und schreiben.“

„Für Mameli Maja Lisa habe ich nie einen Brief geschrieben,“ sagte die Kleine. „Aber für die Frau Pfarrer habe ich einmal einen geschrieben.“

„Ach so, du hast nur für die Frau Pfarrer geschrieben,“ sagte der Pfarrer, „aber für Maja Lisa nicht?“ Man konnte es seinem Ton wohl anmerken, daß er auch jetzt nicht glaubte, sie sage die Wahrheit. „Vielleicht kannst du dich noch darauf befinnen, wonan der Brief handelte, den du für die Frau Pfarrer geschrieben hast?“

Die Kleine erwiderte, sie könne ihn, wenn es der Herr Pfarrer wünsche, Wort für Wort hersagen; und da befahl er ihr, es zu versuchen.

„Eigentlich bin ich des Schreibens nicht recht fähig,“ fing nun die Kleine an aufzusagen, „und so bitte ich, daß die geschätzte Jungfer selbst nachdenken möge. Pfarrer Liljeckrona hat jetzt eine gefunden, die ihn glücklich machen würde, wenn Ihr nicht im Wege stündet. Wenn die Jungfer gutwillig fortginge, so dürfte sie einer nie aufhören, Dankebarkeit gewiß sein, und für ihre Zukunft würde gesorgt werden. Außerdem möge die Jungfer auch bedenken, daß man in der neuen Gemeinde eine Pfarrfrau von unbescholtener Lebenswandel verlangen würde ...“

Feuilleton.

Liljeckronas Heimat.

Roman von Selma Lagerlöf

Nachdruck verboten.

Wenn sie ganz sicher sein dürfte, daß er schließe, wollte sie jetzt den Versuch machen, sich davonzuschleichen. Sie war unbeschreiblich müde von dem langen Stehen in dem engen Schrank. Und dabei war es doch so notwendig, daß sie herauskäme, damit sie mit der Pfarrerstochter und Frau Beata sprechen könnte! Sie, sie konnte ihnen ja etwas mitteilen, über das sie sich sehr freuen würden.

Jetzt hatte der Pfarrer so lang stillgelegen, daß es gar nicht anders möglich war, er mußte eingeschlafen sein. Sie meinte, sie dürfe die Schranktür wohl ein klein wenig zurückziehen, um zu erfahren, wie es stehe. Ganz leise ging die Tür auf; aber der Pfarrer schlief nicht, sondern starre regungslos auf die gegenüberliegende Wand. Gerade als die Kleine die Tür wieder zuziehen wollte, sah er auf und erblickte sie.

Er richtete sich auf und ging auf den Schrank zu. Da blieb der Kleinen nichts andres übrig, als die Tür aufzustehen und herauszusteigen.

„Was soll das heißen?“ sagte der Pfarrer. „Was hast du in meinem Schrank zu tun?“

Er sah so streng aus, daß das arme Ding Angst bekam. Aber der Pfarrer und sie waren immer gute Freunde gewesen; sie hatte ihn am liebsten von allen auf dem Hofe, nach seiner Tochter natürlich. Und da sie nicht wollte, daß er etwas Schlechtes von ihr denken sollte, beeilte sie sich, zu

Der Balkankrieg.

Der neue und furchtbare Gegner, der auf dem Kriegsschauplatz aufgetaucht ist, die Cholera, hemmt den Siegeslauf der Verbündeten, richtet aber täglich Verheerungen unter den türkischen Truppen an. Die Cholera ist bereits auch in Belgrad konstatiert worden. Bis jetzt sind 11 Fälle gemeldet, von denen 7 tödlich verlaufen sind. Da den Zeitungen streng verboden wird, Meldungen über Choleraerkrankungen zu veröffentlichen, wird der bereits eingetretene Umsatz, den die Seuche erreicht hat, nicht bekannt werden. Das Aufstreiten der Cholera hat inzwischen zu einem Waffenstillstand zwischen Bulgaren und Türken geführt. Es liegen hierüber folgende Meldungen vor:

Sofia, 20. November. Anfolge Einleitung der Verhandlungen zum Abschluss des von den Türken erbetenen Waffenstillstands haben die vor Thessalonika operierenden bulgarischen Truppen Befehl erhalten, die Feindseligkeiten einzustellen und sich innerhalb der eingenommenen Stellungen zu halten.

Sofia, 20. November. Das österreichische Bureau meldet: Die Bedingungen für den Waffenstillstand sind zugleich mit den Hauptfriedensbedingungen nach Konstantinopel übermittelt worden.

Sofia, 20. November. Die bulgarische Regierung hat die türkischen Vorschläge über den Abschluss eines Waffenstillstands ablehnend angenommen, ist aber sehr entschlossen, sich nicht von der türkischen Diplomatie hinzuholen zu lassen. Falls die geringsten Zweifel in der Aufrichtigkeit der Absichten der Türkei entstehen sollten, wird Bulgarien sofort mit allen Kräften die Feindseligkeiten wieder aufnehmen und gegen Konstantinopel marschieren. Die bulgarischen Truppen vor der Thessalonikalinie haben Verstärkungen erhalten, doch wurde den Truppen der Befehl erteilt, keine neuen Angriffe zu unternehmen, sondern nur in den eroberten Stellungen zu verbleiben.

Konstantinopel, 20. November. Die türkischen Delegierten für die Vorbesprechungen zur Einstellung der Feindseligkeiten und für den Abschluss des Friedens werden morgen ernannt werden.

Sofia, 20. November. Nach Mitteilung von kompetenter Stellung der Waffenstillstand, falls die Türken die Bedingungen des Balkanbundes annehmen, hemmisch unterzeichnet werden. Im bulgarischen Hauptquartier befinden sich höhere serbische und griechische Offiziere, welche dazu bevollmächtigt werden sollen. Falls die Türken die Bedingungen annehmen würden, würden auch die Operationen sofort eingestellt und die frühere Absicht des Einzugs in Konstantinopel aufgegeben werden.

Wie die Presse-Zentrale berichtet, sollen die bulgarischen Bedingungen bei der türkischen Regierung große Erregung hervorgerufen haben. Es wird gemeldet:

Konstantinopel, 20. November. Die bulgarische Antwort mit dem Friedensvorschlag, die von der türkischen Regierung mit Ungebuld erwartet wurde, ist heute nachmittag durch den russischen Botschafter der Worte überreicht worden. In Konstantinopel sind die genauen Friedensbedingungen noch nicht bekannt, doch scheint es, als ob die bulgarischen Friedensbedingungen in türkischen offiziellen Kreisen große Erregung hervorgerufen haben. Man spricht davon, daß die türkische Regierung unter keinen Umständen geneigt sei, die bulgarischen Friedensbedingungen zu unterschreiben.

Dieser Meldung widerspricht jedoch eine andre, die aus Paris kommt. Danach sollen im französischen Auswärtigen Amt offizielle Nachrichten aus Sofia eingetroffen sein, wonach die Unterhandlungen zwangs Abschluß eines Waffenstillstands eingeleitet worden sind und von Erfolg begleitet seien dürften. Auf die an König Ferdinand gerichtete Anfrage des Großwesirs hat sich die bulgarische Regierung sofort mit den Verbündeten ins Einvernehmen gesetzt. Die Verbündeten sollen sich dahin geeinigt haben, als Hauptbedingungen für den Abschluss eines Waffenstillstands die Übergabe von Slaveti, Janina und Adrianopel zu fordern. Des weiteren wird der Rückzug der türkischen Truppen aus der Thessalonikalinie sowie die Einstellung der Truppentransporte aus Kleinästen verlangt. Endlich wird aus Sofia, allerdings recht unverbürgt gemeldet, daß dort in unterrichteten Kreisen die Ansicht verbreitet ist, die verbündeten Balkanstaaten werden leinerlei Einwendungen dagegen erheben, daß Albanien Autonomie erhält, jedoch unter der Souveränität des Sultans verbleibt, wie nach dem russisch-türkischen Krieg Bulgarien.

Oesterreich und Serbien.

Das immer noch nicht geklärte Schicksal des österreichischen Konkurs Prochaska in Prizrend, der von serbischen Truppen ermordet worden sein soll, läßt die Situation immer noch ernst erscheinen.

Der Pfarrer winkte mit der Hand ab. „Das genügt.“ sagte er, und dann sah er die Kleine lange und prüfend an. „Und das soll in dem Brief gestanden haben, den du für die Frau Pfarrer geschrieben hast?“

Ohne zu zögern, bezahlte es die Kleine. Die Pfarrfrau habe ihr zwar verboten, davon zu sprechen, daß sie lesen und schreiben bei ihr lernte, aber von diesem Brief habe sie nie etwas gefragt.

Der Pfarrer zuckte nur die Achseln. „Jetzt siehst du selbst, wie du lügst.“ sagte er müden Tones. „Denn da du die ganze Zeit über in dem Schrank dort gestanden hast, mußt du auch gehört haben, daß Maja Liza eingestanden hat, den Brief geschrieben zu haben.“

Die Kleine fühlte, daß sie rot wurde. Das konnte sie doch wirklich nicht auf sich sitzen lassen. Es war zu schrecklich, daß der Herr Pfarrer glaubte, sie lüge.

„Du kannst jetzt gehen.“ sagte der Pfarrer. „Zuerst konnte ich nicht begreifen, wie es gelommen sein könnte, daß der Brief nicht von Maja Liza's Hand geschrieben war. Aber jetzt ist mit auch das klar. Du kannst zu ihr gehen und ihr das sagen.“

Aber die Kleine ging nicht. „Es ist die Frau Pfarrer gewesen, die mich den Brief hat schreiben lassen.“ sagte sie. „Und sie ist es auch gewesen, die mich in den Schrank einsperren hat.“

„Ihr beide, du und Maja Liza, habt wohl miteinander ausgemacht, daß ihr so sagen wollt?“

Der Pfarrer sah allmählich ernstlich böse aus, und die Kleine begriff, daß sie fortgeschickt wurde, wenn sie ihn jetzt nicht durch irgend etwas überzeugen konnte. Ratlos blieb sie sich nach allen Seiten um. Da fiel ihr Blick auf die alte Einliegerin, die gerade am Fenster vorüberging.

„Schet, Herr Pfarrer, da geht die vorbei, die mit dem Brief nach Evanslog geschickt worden ist.“ sagte sie, „und die könnte man gut fragen, ob es die Pfarrerstochter oder die Pfarrfrau war, die sie damit hingeschickt hat.“

Wien, 20. November. Die Wiener Allgemeine Zeitung schreibt: Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Herr v. Ullrich, hat den Auftrag erhalten, sofort bei der serbischen Regierung in Angelegenheit des Konsuls Prochaska einen ersten Schritt zu unternehmen. Dieser Schritt blieb im Laufe des heutigen Tages erfolgen und offenbar den Zweck haben, daß eine Verständigung zwischen dem Ministerium des Innern und dem österreichischen Konsul hergestellt wird. Des weiteren ist zu vermuten, daß von Serben Genehmigung und Schadloshaltung verlangt werden wird. Der Schrift des Herrn v. Ullrich wird noch nicht den Charakter eines Ultimatums tragen.

Wien, 20. November. Die serbische Regierung hat dem österreichisch-ungarischen Ministerium des Innern zur Kenntnis gebracht, daß sie bereit ist, einen Funktionär des Ministeriums des Innern zur Untersuchung der Angelegenheit des österreichischen Konsuls Prochaska in Prizrend zugelassen und ihm freies Geleit zu geben. Dazu wurde der Konsul F. Ebel bestimmt, der von Wien aus die Reise nach Prizrend angereckt hat. Von Nedelsburg aus wird der Konsul noch etwa 80 Kilometer zu Pferde zurücklegen müssen, so daß erst in etwa acht Tagen die ersten Nachrichten von ihm zu erwarten sein dürften.

Die Situation in Saloniki.

Saloniki, 20. November. Unter den Flüchtlingen herrscht namenloses Elend. Die öffentliche Mischnätheit bemüht sich wohl um sie, doch ist die Anzahl der Geflüchteten zu groß. Überdies lassen die sanitären Zustände zu wünschen übrig. Man trachtet, die Flüchtlinge ebenfalls in ihre Heimat zurückzubringen. Doch wollen die meisten von ihnen nach Anatolien gebracht werden, wozu keiner Möglichkeit vorhanden ist. Der Abtransport der entflohenen türkischen Soldaten hat gestern begonnen, indem ungefähr 2000 Mann auf griechischen Schiffen fortgeschafft wurden. Die griechische Behörde hat gestern auch das türkische Kanonenboot Guad beschlagnahmt, das man in ein Spitalboot umgewandelt hatte; obwohl sich nur ein Verwundeter darauf befand. Aus dem Hafenboson werden von den Griechen Tausende von Gewehren herausgesucht, die die Türken vor der Übergabe Saloniks ins Meer geworfen haben.

Moskau noch nicht gefallen.

Belgrad, 20. November. Von amtlicher serbischer Seite wird gemeldet: Die Nachrichten über die Kapitulation von Monastir sind veröffentlicht. Wie der Wojwode Putnik meldet, dauerten die Kämpfe vier Tage. Gestern floh der Feind nach einem heftigen Gefecht geschlagen und in völliger Verordnung. Er ließ in der Bevölkerung seinen ganzen Gepäcktrain im Stich. Die Beute ist beträchtlich.

Ein Erfolg der Montenegriner.

Cetinje, 20. November. Von den Montenegrinern ist die Stadt Alessio eingenommen worden. Die Kapitulation erfolgte infolge eines Vorstoßes des rechten Flügels der Südmiliz, der gestern mittag eingeleitet wurde. Die gesamte Garnison wurde gefangen genommen.

Über den Kampf berichten Verwundete: Die Türken machten einen Frontangriff gegen die gedeckte Stellung der Montenegriner. Als bald entwickelte sich ein lebhafter Bajonettkampf. Die Türken hielten sich glänzend, doch gelang es den Montenegrinern, den Feind unter großen Verlusten zu zerstreuen. Die Zahl der Toten und Verwundeten auf türkischer Seite wird mit 800 angegeben; die Montenegriner hatten 6 Tote und 82 Verwundete. Die türkische Kriegsflotte mit 10000 österreichischen Kronen wurde erbeutet.

Der Kampf um die Thessalonikalinie.

Über die letzten Kämpfe an der Thessalonikalinie wird gemeldet:

Konstantinopel, 20. November. Die Besserung der Lage an der Thessalonikalinie und die ausgezeichnete Haltung der dortigen Truppen erweckt neue Hoffnung. Der starke bulgarische Flügel befindet sich in einer regelrechten Rückzugsbewegung, seine Verluste an Menschen sollen ziemlich bedeutend sein.

Konstantinopel, 20. November. Ein beim Großenrat nach Mitternacht eingelaufenes Telegramm des türkischen Generalissimus besagt: Der Feind, der sich vor unserm linken Flügel befand, zog sich nachts ganzlich von den Höhen von Papazburgas zurück. Unsere Aufklärungsgruppen stellten fest, daß der Feind, der die Höhen in der Umgebung von Thessalonika besetzt hielt, mehr als 500 Tote hatte. Nach den Aussagen der Gefangenen ist der Feind seit drei Tagen ohne Lebensmittel. Der Feind konnte auf seinem Rückzug die Verwundeten nicht alle mitnehmen.

Ein Telegramm vom Kommandanten des Panzerkreuzers Dughut-Nels besagt: Das türkische Detachement in Derlos hat dank unserer einstöckigen Kanone und unter unserer Bedeckung den Feind an der Küste von Ormosby zehn Meilen nördlich von Karaburun zurückgetrieben.

Der türkische Generalissimus und der Kommandant der Flotte wünschen noch von weiteren Erfolgen der Türken zu berichten, wie diese Meldungen bejagen:

Konstantinopel, 20. November. Das Kriegsministerium teilt das folgende Telegramm des Generalissimus mit: Die feindlichen Streitkräfte, die das türkische Zentrum angreifen, ziehen sich zurück. Eine türkische Division ist bis zu den vom Feinde verlassenen Schanzen vorgedrungen und hat dort eine Menge Mannschaften, Munition und Helme mit der Inschrift „35. Regiment“

Schon wollte der Pfarrer antworten, er wolle jetzt nichts mehr von der Sache hören; aber in der Hartnäigkeit der Kleinen lag etwas, was ihn bewegte. Er stand auf und schritt auf die Türe zu. Als er diese dann aber rasch öffnete, stieß er gegen jemand, der dicht, ganz dicht davor gestanden hatte. Es war die Pfarrfrau.

Er warf einen Blick auf sie, blieb stehen und sah sie noch einmal an, wie um sich zu vergewissern, daß sie es auch wirklich sei; darauf trat er auf die Treppe hinaus und richtete ein paar Fragen an die Alte. Als er zurückkehrte, war die Pfarrfrau verschwunden.

Nachdem er sich wieder auf seinen Stuhl am Schreibtisch niedergelassen hatte, rief er die Kleine zu sich her. „Nun sollst du mir noch erzählen, wie es zugegangen ist, als du den Brief schreibst.“ sagte er.

Und das Kind gab ihm so genaue Auskunft, daß ihm auch nicht der leiseste Zweifel mehr blieb.

„Ich sehe, ich habe dir unrecht getan, Nora Sausewind.“ sagte er dann. „Zur Belohnung dafür darfst du jetzt zu Maja Liza hinuntergehen und ihr alles erzählen.“

Das brauchte er der Kleinen nicht zweimal zu sagen. Im nächsten Augenblick schon war sie drinnen in der Stube des Brauhauses, wo noch großer Jammer herrschte, und erzählte alles, was vorgefallen war. Die Pfarrerstochter hörte im Aufgang kaum auf das, was sie sagte; aber schließlich begriff sie doch, daß der geliebte Vater jetzt die Wahrheit wußte, und da sprang sie auf und rief: „Großmutter, Großmutter! Ich muß jetzt gleich zum Herrn Vater hinsüber und lehnen, wie es ihm geht!“

Aber im selben Augenblick ging die Tür auf, und der geliebte Vater stand selbst auf der Schwelle.

Und es war nicht der Vater von gestern und heute, sondern vor ihr stand der Vater der vergangenen Jahre, ein guter, liebhafter, treuer Vater, der die Arme nach ihr ausbreitete!

(Fortsetzung folgt.)

Bronja“ gefunden. Die Bulgaren griffen auch den rechten Flügel der Türken an, wurden aber mit einem Verlust von etwa 400 Toten, darunter 20 Offiziere, zurückgeworfen; die Türken nahmen ihnen zwei Maschinengewehre fort. Fast die ganze Front der feindlichen Batterien ist zum Schweigen gebracht worden.

Konstantinopel, 20. November. Ein Telegramm des türkischen Gesandtschaftsattachés besagt: Nachdem wir die Position des Feindes festgestellt hatten, eröffneten wir das Feuer von den Kriegsschiffen aus, wodurch dem Feind großer Verluste beigebracht wurden. Nach den Signalen unserer auf dem Lande befindlichen Leute wurde eine feindliche Batterie zerstört. Die Kanonen der Panzerschiffe brachten bald eine zweite bulgarische Batterie zum Schweigen. Die Granaten von den Panzerschiffen setzten verschiedene Dörfer in Brand. Papazburgas wurde teilweise zerstört. Der Feind, der sich bemühte, in Taschate am See Blasik Tschechische Artillerie in Stellung zu bringen und Verschanzungen zu errichten, wurde vernichtet und die Verschanzungen wurden zerstört.

Ein serbischer Minister über die Situation.

Paris, 20. November. Ein Telegramm des türkischen Gesandtschaftsattachés besagt: Nachdem wir die Position des Feindes festgestellt hatten, eröffneten wir das Feuer von den Kriegsschiffen aus, wodurch dem Feind großer Verluste beigebracht wurden. Nach den Signalen unserer auf dem Lande befindlichen Leute wurde eine feindliche Batterie zerstört. Die Kanonen der Panzerschiffe brachten bald eine zweite bulgarische Batterie zum Schweigen. Die Granaten von den Panzerschiffen setzten verschiedene Dörfer in Brand. Papazburgas wurde teilweise zerstört. Der Feind, der sich bemühte, in Taschate am See Blasik Tschechische Artillerie in Stellung zu bringen und Verschanzungen zu errichten, wurde vernichtet und die Verschanzungen wurden zerstört.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf im Leipziger Buchhandel.

Die Feststellung, daß die aussperrungskontrollierten Scharfschützen mit ihren zusammengelesenen Kaschemmestäten die Betriebe nicht aufrechterhalten können, hat sie zu einer die Lachmuskeln reizenden Erklärung gedrängt, die sie in den L. A. R. abladen. Sie lassen dort verklagen, daß den „neuen Markthelfern“ die Vorpakete sehr wohl anvertraut werden könnten. Dass dies nicht geschehe, hindere lediglich die Erwagung, daß der Verkehr durch den „Terrorismus der Streikenden“ wohl bald wieder unterbrochen“ würde.

Man weiß nicht, was man an dieser Erklärung mehr beweisen soll, die Dummheit oder die Frechheit, oder beides zusammen. Tag für Tag können wir an der Hand von Dokumenten nachweisen, wie tief die Treiber im Buchhandel — und ebenso die von ihnen Gezielten — in der Linie liegen, daß sie, die um einige lumpige Pfennige willen ihre eingerichteten Betriebe gerade jetzt zur geschäftlichen Hochkonjunktur auf die Straße setzen, an ihre Kunden Rundschreiben auf Mundschreiben richten, in denen sie um Nachsicht bitten, da mit den Streikenden der Vertrieb nicht funktioniert. Auch in der Notiz der L. A. R. wird ja angegeben, daß zum mindesten der Vertrieb unterbrochen ist. Das bestätigt auch wieder ein Rundschreiben des Buchhändler-Hilfsverbandes, das Anfang dieser Woche bei einer Reihe hiesiger Firmen eintrat und wie folgt lautet:

Leipzig, 15. November 1912.

Der zurzeit in den meisten Firmen des Leipziger Zwischenhandels bestehende Streik zwingt uns, an Sie mit einer Bitte wegen der Sonnabend-Abrechnung heranzutreten.

Ihre werte Firma rechnet noch nicht Sonnabends auf der Börse ab. Wir ersuchen Sie, sich doch wenigstens für die Zeit des Streiks an dieser Sonnabend-Abrechnung zu beteiligen. Wenn auch die Leipziger Polizei in auerkenndswert Weise das Menschenmögliche leistet, um den Verkehr auf den Straßen sicherzustellen, so ist es doch nicht ratsam, Burschen oder Markthelfer mit größeren Summen zum Auszahlen bzw. zum Entlasten auszuladen. Außerdem dürfen die meisten Geschäften die Leute, denen man Gelder anvertrauen kann,

Daraus resultiert unser Erfuchen, sich der Sonnabend-Abrechnung anzuschließen. Eine Fortsetzung ist aber diese Woche bis zum Sonnabend nicht möglich, infolgedessen haben die sämtlichen Leipziger Kommissionsbuchhandlungen, die für die Abrechnung in Betracht kommen und im Buchhändler-Hilfsverband organisiert sind, beschlossen, während des Streiks diese Abrechnung am Montag vorzunehmen zu lassen.

Wir führen Ihnen die Beschlüsse am Schlusse dieses bei und bitten Sie höf. um eine angemessene Rückäußerung. Sollten Sie genügt, um eine Abrechnung zu ermöglichen, so möchten wir Sie, da es uns an Personal zum Herumhüpfen fehlt, bitten, Ihre Guthaben am Montag früh an den betr. Kassen in Empfang zu nehmen bzw. unser Guthaben an uns auszuzahlen.

Der Vorstand des Buchhändler-Hilfsverbandes.

Beschlüsse der Mitgliederversammlung am 14. 11. 1912.

- Am Sonnabend werden die Vorpakete für Rechnung der neuen Woche ausgefahren.
- Die Remittenden von den Vorpaketen sind von sämtlichen Firmen, die Vorpakete im Laufe der Woche erhalten und noch nicht bezahlt haben, mit einem Avis versehen von Freitag nachmittag 9 Uhr an zur Abholung bereitzuhalten.
- Das Konformstellen mit den an der Abrechnung beteiligten Firmen erfolgt am Montag vormittag, die Abrechnung selbst am Montag mittag.
- Die bisher am Abrechnungsverfahren nicht beteiligten Kommissionäre und Verleger sollen aufgefordert werden, sich während des Streiks am Abrechnungsverfahren zu beteiligen; im Falle der Ablehnung stehen Ihnen die Beträgen am Montag vormittag zur Abholung zur Verfügung.

In diesem Rundschreiben wird also wiederum bestätigt, daß den Schnapsbutisten gestattet wird, die jetzt den Buchhandlungsmarkthelfer mieten, kein Vorpaket und damit kein Geld anvertraut werden darf. Wie wir gesehen haben, ist diese Sorge der Treiber im Buchhandel um Ihre Groschen nicht unberechtigt. Denn wieviel „Privatbuchhändler“, außer dem einen erwähnten, noch „tätig“ sind, verraten die Herren natürlich nicht, obwohl sie es sonst sehr eilig hätten, den geringsten Zehtritt eines bei ihnen Beschäftigten anzugeben. Aber allen Feststellungen zum Trotz lassen die Drahtzieher im Leipziger Buchhandel verzünden, ob ginge in ihren Betrieben alles tabelllos, und es würde noch besser gehen, wenn — die Polizei noch besser funktioniere. Wenn Sie auch „in auerkenndswert Weise das Menschenmögliche“ leiste, so sei es doch — man höre — „nicht ratsam, Burschen oder Markthelfer mit größeren

Summen zum Kostbezahlen bezw. zum Inkasso auszuzahlen". Diese vom Buchhändler-Hilfsverband gewählte Form muß natürlich den Eindruck erwecken, als ob die mit Geldgeschäften betrauten Strolche auf den Straßen Leipzigs nicht sicher wären; ja, als ob die Ausgesperrten und Ausständigen Abruzzenbanditen seien, die nur darauf warten, einen geldbeladenen Streitkrocher zu überfallen. Eine so noble Kampfesweise richtet sich von selbst. Der Zweck dieser Übung ist aber noch ein anderer. Die Schachmacher wollen der in ihrem Profitinteresse so eifrig tätigen Polizei die Hände decken gegen die Angriffe, denen sie wegen ihres gesetzwidrigen Vorgehens gegen die kämpfenden Arbeiter ausgelebt ist. Und sie wollen ferner die Polizei ermuntern, in ihrem Tun und Treiben gegen die Arbeiterchaft fortzufahren. Sie malen Schreckbilder an die Wand, die den Spießer grauslich und die Polizei noch rücksichtsloser machen sollen. Denn was kümmert denen, die den Kampf angezettelten, Recht und Gesetz? Wie gesagt, eine noble Kampfesweise des "vornehmsten Buchhandels".

Ihren weiteren Zweck, die Ausständigen und Ausgesperrten zu zerstören, hat natürlich diese Stillung nicht erfüllt. Um Gegenstand, die Kämpfenden wissen, daß sie es mit einem Gegner zu tun haben, dessen Position von Tag zu Tag unhalbar geworden ist, der sich mit einer leichten Anstrengung den Anschein zu geben versucht, als stände er hinter festgesetzten Mauern, während in Wirklichkeit sich aus diesen Stein auf Stein löst und bröckelt. Halten die Ausgesperrten und Ausständigen weiter so fest zusammen wie bisher, so können sie ihres baldigen Sieges gewiß sein.

Leipzig und Umgebung.

Achtung, Mauer und Hilfsarbeiter! Die Spurte über das Baugelände Schlesier, Wohlty-Ehrenberg, ist aufgehoben. Durch Vermittlung des Bauarbeiterverbandes sind eine Sitzung der Schlichtungskommission statt, in der eine Einigung erzielt wurde. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Leipzig.

Deutsches Reich.

... Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter.

Am 17. und 18. November tagte in Berlin eine Konferenz der Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Musikinstrumentenarbeiter, an der 55 Delegierte aus 30 Orten teilnahmen. Diese Konferenz war die zweite ihrer Art. Die erste hat 1905 in Zittau stattgefunden. Dort war beschlossen worden, zur Bereitung einer planmäßigen Agitation unter den Berufsgenossen eine Zentralkommission einzurichten. Diese, die ihren Sitz in Hamburg hat, hat seitlicher fleißige Arbeit geleistet. Ihr Vorsitzender Weinhold aus Hamburg konnte der Konferenz berichten, daß die Organisation unter den Arbeitern der Musikinstrumentenindustrie gute Fortschritte gemacht habe. Am Schluss des Jahres 1905 waren im Verband 6647 Musikinstrumentenarbeiter, darunter 149 weibliche, organisiert. Die letzte Zählung am Ende des Jahres 1911 ergab 11 710 organisierte Musikinstrumentenarbeiter, darunter 1030 weibliche. Diese Fortschritte befriedigen jedoch nicht, wird doch die Zahl der organisatorischfähigen Musikinstrumentenarbeiter in Deutschland auf mehr als 30 000 geschätzt.

Die Berichte der Delegierten aus den einzelnen Städten ergeben ein sehr buntes Bild, die bestätigen die alte Lehre, daß dort, wo die Organisation festen Fuß gesetzt hat, die Arbeitsbedingungen sich auch bedeutend verbessert haben. Insbesondere konnten die Vertreter aus Stuttgart, Dresden und Leipzig berichten, daß der Verband unter den Musikinstrumentenarbeitern in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht hat, die es ermöglichen, eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit und zum Teil recht beträchtliche Lohnsteigerungen durchzusetzen. Die Berichte aus andern Orten klagen um so trüber. Einen tiefen Eindruck machte die Schilderung der Zustände im Vogtland. In Klingenthal, Markneukirchen und Umgegend werden etwa 7000 Arbeiter in der Musikinstrumentenindustrie beschäftigt, darunter etwa 5000 Holzarbeiter. Hauptsächlich werden hier Mund- und Ziehharmonikas, aber auch Zithern, Geigen usw. hergestellt. In den Betrieben beträgt die Arbeitszeit meist 68 Stunden, aber dann wird noch bis in die späte Nacht hinein zu Hause gearbeitet. In der Heimarbeit wird meist schon morgens um 5 Uhr mit der Arbeit begonnen, die nicht vor 11 Uhr abends beendet wird. Frauen und Kinder müssen mitarbeiten. Der durchschnittliche Wochenverdienst eines erwachsenen Arbeiters wird auf höchstens 14 Mark wöchentlich geschätzt, doch gibt es viele, die weit weniger verdienen. Sehr oft ist die Organisation in dieser Gegend so wenig verbreitet, daß es bisher nicht möglich war, die dringend notwendige Besserung der Arbeitsbedingungen zu erlangen.

Als Hindernis für den Fortschritt der Organisation, besonders in den größeren Städten, erweist sich ein falscher Vertragsabschluß der Pianofortearbeiter, der zwar schon mehrheitlich zugeschlagen, aber noch nicht völlig verschwunden ist. Dieser Punkt wird natürlich von den Unternehmern nach Kräften gefordert. Dazu kommt, daß die Klavierarbeiter ihre Pläne verhältnismäßig wenig wechseln, sie glauben deshalb, auf die Unterstützungsseinrichtungen der Organisation und damit auf die selbst verzichten zu können. Schr zu ihrem eigenen Schaden, denn in einer ganzen Reihe von Städten sind die Musikinstrumentenarbeiter, die einst auf ihre besseren Arbeitsbedingungen stolz waren, von den vorwärtsdrängenden Eisernen überholzt worden, so daß ihnen öfter die tariflich festgelegten Arbeitsbedingungen der übrigen Holzarbeiter als erstrebenswertes Ideal vorschweben.

Schr eingehend beschäftigte sich die Konferenz mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge und Arbeitsnachweis, worüber Dörling-Berlin ein eingehendes Referat vorstieß. Während der Tarifvertrag in der Holzindustrie im allgemeinen rasige Fortschritte macht, ist die Zahl der Verträge in der Musikinstrumentenindustrie noch sehr gering. Die Unternehmer sind in einer Anzahl Verbänden recht stark organisiert, sie verweigern aber der Organisation der Arbeiter prinzipiell die Anerkennung. Diese legen großen Nachdruck auf die Bekämpfung des Herrn-im-Haus-Standpunkts, und wo sie über eine achtunggebietende Organisation verfügen, wie etwa in Leipzig, haben sie auch gute Verträge abgeschlossen. Auch in andern Städten haben sich die Pianofortefabrikanten schon genötigt gesehen, von ihrem Prinzip, mit dem Holzarbeiterverband nicht zu verhandeln, abzugehen. Wenn die Organisation unter den Musikinstrumentenarbeitern weitere Fortschritte macht, werden die Unternehmer gezwungen werden, ihre rückständige Haltung völlig aufzugeben. Die Konferenz nahm in dieser Frage die nachstehende Resolution an:

Die Konferenz spricht aus, daß der Abschluß corporativer Tarifverträge unter Vorauslegung und Auseinandersetzung an die Vertragspolitik des Verbandes auch in der Musikinstrumentenindustrie als erstrebenswertes Ziel angesehen ist.

Beim Abschluß von Tarifverträgen in der Musikindustrie ist besonders darauf zu achten, daß die ständigen Veränderungen der Arbeitsmethoden und Arbeitsstellungen und die dadurch bedingten Akkordpreisveränderungen nicht zu einer Schädigung der Lohnverhältnisse der Arbeiter benutzt werden. Insbesondere sind Festlegungen zu treffen, welche es verhindern, daß tarifisierte Arbeiter von Hilfsarbeitern oder Arbeiterinnen zu niedrigeren Akkordfällen oder im Stundenlohn ausgeführt werden.

In einer andern Resolution wird ausgesprochen, daß beim Abschluß von Tarifverträgen möglichst dafür zu sorgen ist, daß gewisse Klavierstimmen der Tariflohn garantiert wird.

An einen Vertrag von Leo-Poldi-Berlin über Mittel und Wege zur Stärkung der Organisation knüpft sich eine aufragende Aussprache über die Methoden, die für eine erfolgversprechende Agitation anzuwenden sind.

Achtung, Textilarbeiter! Weil in Göppingen 20 Spulenstreifen streifen, hat der Süddeutsche Textilindustriellenverband über ganz Württemberg die Aussperrung verhängt! Es wird dringend erachtet, alle Arbeitsangebote nach Württemberg abzulehnen. Besonders zu melden sind folgende Firmen: Baumwollspinnerei Brühl bei Esslingen, Baumwollspinnerei und Weberei Hornbach in Unterurach, Baumwollspinnerei Bietigheim und Baumwollspinnerei Merklin. Kleinlin in Esslingen.

Alle arbeitsfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.
Deutscher Textilarbeiterverband,
Gau Stuttgart.

Ausland.

Der Aufstand der Mailänder Buchdrucker beende.

Am 19. November haben die Mailänder Buchdrucker, die am 18. Oktober in den Aufstand getreten waren, die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Unternehmer den neuen Tarifvertrag angenommen haben. Wie erinnerlich, wurde der Streik proklamiert, während die Tarifverhandlungen schwanden, und er hat, trotz der gegenseitigen Behauptung der Unternehmer, viel dazu beigetragen, diese willkürliche zu machen. Die gegenüber dem bisherigen Tarifvertrag erzielten Lohnsteigerungen betragen, je nach der Kategorie der Arbeiter, 7 bis 20 Cent. Den bedeutendsten Aufschlag erzielt das am schlechtesten bezahlte Hilfspersonal, während die wesentlich besser geholten Maschinenseher nur von 7.80 lire auf 8.40 möglich steigen. Der neue Tarifvertrag hat eine Dauer von fünf Jahren. Alle Streikenden sind wieder eingestellt worden.

Berstarbeiterstreik in Südtirol.

Aus Odessa wird gemeldet, daß in Nikolajew 10 000 Arbeiter der dortigen Schiffsbauwerke aus politischen und wirtschaftlichen Gründen in den Streik getreten sind.

Streik der Fahrleute von Santos.

Aus de Janeiro, 10. November. Aufgrund Lohndifferenzen sind die Fahrleute von Santos in den Aufstand getreten. Sie verlangen außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Eingeschlossene Schwestern.

Die gelbe Schustersuppe der Unternehmer. Von P. Schneider, 2. Auflage (25 Pfg., bei Abnahme von 50 und mehr Exemplaren 15 Pfg.), Verlag der Volksschulabteilung Hannover, Nikolaistraße 7. In kurzen, knappen Zügen schildert die aktuelle Broschüre den Charakter und die verdorbstliche Tätigkeit der Gelben. Zur Massenverbreitung sehr zu empfehlen.

Die Errichtung und Durchführung des Reichsstaatsvertrags im Malergewerbe. Seine Auslegung und Weiterbildung in den Tarifinstanzen, (Broschüre 1.50, gebunden 2.—M.) Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Malerberufe. (Broschüre 2.—, gebunden 2.50 M.) Malerkalender für das Jahr 1912. Herausgegeben vom Verband der Maler usw. Deutschlands (Sitz Hamburg). Verlag von A. Tobler, Hamburg.

Aus der Partei.

Der Internationale Kongress in Basel.

Das Internationale Sozialistische Bureau hat für die Tage folgende Tätigkeit in Aussicht genommen:

Sonnabend, den 23. November, 10 Uhr vormittags: Sitzung der Spezialkommission, welche beauftragt wurde, dem Kongress einen Resolutionsantrag über die Kriegsfrage zu unterbreiten.

Sonntag, den 24. November, 9 Uhr vormittags: Sitzung des Bureaus mit der Kommission.

Sonntag, 10 Uhr vormittags: Eröffnungssitzung in der Burgvoigtschule.

Begrüßungsrede im Namen der schweizerischen Organisationen. Antwort des Vorsitzenden des Bureaus.

Konstituierung des Kongresses und der nationalen Sektionen. Auswechselung der provisorischen gegen endgültige Räte.

Sonntag, 8 Uhr nachmittags: Ausstellung des Demonstrationszuges der schweizerischen Arbeiterorganisationen und Kundgebung gegen Militarismus und Krieg. Nach der Demonstration: Großes internationales Meeting im Münster. Ansprachen der Delegierten aller Länder.

Montag, den 25. November, um 9 Uhr vormittags: Sitzung des Bureaus.

Montag um 10 Uhr vormittags: Kongress. Tagesordnung: Die internationale Lage und die Vereinbarung für eine Aktion gegen den Krieg.

Montag, von 3 bis 6 Uhr nachmittags: Fortsetzung.

Montag:

Dienstag, den 26. November: Fortsetzung und Schluss des Kongresses.

Die deutsche Delegation tritt am Sonntag, vormittags 9 Uhr, in der Clara-Schule zusammen.

Wegen Quartier müssen sich die Delegierten mit dem Quartierkomitee, Adresse: Redakteur Frey, Basel (Schweiz), Petersberg 29, in Verbindung setzen und bei ihrer Ankunft in Basel sich beim Auskunftsamt, das am Bahnhof eingerichtet ist, melden.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Konstantinopel, 21. November. Die Pforte hat in Anbetracht der Choleragefahr in der Stadt den Befehl erteilt, daß sämtliche öffentlichen und Privatschulen bis auf weiteres geschlossen werden.

Konstantinopel, 21. November. Die türkische Regierung hat die Botschafter der fremden Mächte in Konstantinopel ersucht, die Kommandanten zu veranlassen, die am letzten Montag gelandeten Marineflosse wieder zurückzuziehen, da die türkische Regierung der Meinung ist, daß sie ausreichende Vorsichtsmaßregeln getroffen hat, um die in Konstantinopel befindlichen Fremden zu schützen. Die Botschafter haben gestern über diese Frage diskutiert und beschlossen, die Angelegenheit bis auf weiteres zu vertagen.

London, 21. November. Daily Chronicle veröffentlicht folgendes Telegramm der Tschaudalscha-Befreiungslinie: „Das Kriegsamt hat sich zugunsten der türkischen Truppen gewendet, die in ihren jetzigen Stellungen die ersten Vorteile über das bulgarische Heer erzielt haben. Die bulgarischen Truppen sind nicht mehrfähig die vorgeschobenen Stellungen und die verschiedenen Forts, die sie in den letzten Tagen erobert haben, gegenüber den wütenden Angriffen der türkischen Infanteriemassen zu halten. Die Türken haben alle in den letzten Tagen verlorenen Stellungen und Forts zurückerobern.“

Athen, 21. November. Der russische Kreuzer Oleg, der sich bisher im Piräus befand, ist plötzlich nach Jaffa (Syrien) in See gegangen, weil Geschüte verstreut waren, das unter der dortigen christlichen Bevölkerung ein Massaker stattgefunden haben soll.

Athen, 21. November. Der albanische Bandenführer Velit Aja ist in Epirus eingedrungen und hat mehrere Dörfer geplündert und gebrändicht. Die Bewohner sind in die Berge geflüchtet. Die griechische Regierung hat ein Infanterieregiment zu seiner Verfolgung ausgesandt.

Sofia, 21. November. Ein aus Tschaudalscha zurückgekehrt Arzt erzählte, daß sich bei den türkischen Truppen an der Tschaudalschalinie täglich 1000 Cholerafälle ereignen. Bulgaren ergreift umfassende Maßnahmen gegen die mögliche Einschleppung der Cholera. Alle südlich von Philippopol belagerten Hospitäler sind gesperrt.

Sofia, 21. November. Am letzten Montag haben die Bulgaren einen neuen Aufstand der Adrianopeler Garnison nach 24stündigem Kampf abgeschlagen. Nach einem Treffen bei Pera auf der Linie Dimitria-Dedeagatch bemächtigten sich die Bulgaren eines Bootes und stellten mit Hilfe desselben die Verbindung auf der ganzen Linie wieder her.

Lausanne, 21. November. Die Lausanner Zeitung meldet aus Gimme, daß seit mehreren Tagen in Gimme des Nachts Truppen nach Spalato am Adriaatischen Meer eingeschiff werden. Bissher sollen zwei Regimenter Infanterie dorthin geschickt worden sein. Der General der Infanterie Galis von Seewis ist in Gimme angenommen. Demnächst sollen weitere Truppen dort eingeschiffet werden.

Aus Innsbruck kommt die Nachricht, daß die österreichische Regierung die Mobilisation der Alpenjäger in Tirol angeordnet hat. Zahlreiche Soldaten, die zu den Grenzgarnisonen gehören und deren Dienstzeit beendet ist, sind nicht entlassen worden. (Diese Alarmmeldungen sind bisher nicht bestätigt worden. Die Ned.)

Konstantinopel, 21. November. Der Korrespondent des New York Herald in Konstantinopel meldet seinem Blatte: „Die verbündeten Balkanstaaten werden folgende endgültige Friedensbedingungen stellen:

1. Abreitung der europäischen Türkei an die Balkanstaaten bis zur Tschaudalschalinie, Tschaudalscha beigetreffen.

2. Belebung von Konstantinopel durch einen Teil der verbündeten Armeen bis zur endgültigen Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Wie es in dem Telegramm weiter heißt, soll die türkische Regierung die Vorschläge im Prinzip nicht abgeneigt gegenüberstehen, doch ist die Pforte auf keinen Fall gewillt, den Russenstrassen am Marmara-Meer abzutreten, auch von einem Einzuge der verbündeten Truppen in Konstantinopel will die türkische Regierung nichts wissen. Ferner verlangt die Pforte Garantien für das zukünftige Schicksal Albaniens.

(Diese Meldung ist mit Vorsicht aufzunehmen.)

Athen, 21. November. Der türkische Torpedobootszerstörer Antalia, den die Türken im Golf von Preveza vor dem Fall dieser Stadt versenkt hatten, ist von den Griechen wieder gehoben und der griechischen Flotte einverlebt worden.

Paris, 21. November. Nach einer Blättermeldung aus Marokko sind dafelbst an Bord des Postdampfers Phrygia die ehemaligen türkischen Minister Djawid Pascha und Hakkı Bey eingetroffen. Beide hätten zwar erklärt, sie seien in einer Mission nach Paris, doch unterliege es einem Zweifel, daß sie lediglich aus Sicherheit vor Verhaftung die Flucht ergriffen hätten.

New York, 21. November. In den Vereinigten Staaten haben sich gestern zwei schwere Eisenbahnunfälle ereignet. Aus Moose Jaw wird gemeldet, daß bei Gold Vale ein Zug der Canadian Pacific Eisenbahn mit einem Güterzug zusammengestochen ist, wobei 18 Personen getötet worden sein sollen.

Der zweite Eisenbahnunfall wird aus Atlanta gemeldet. An der Grenze von Virginia und Nord-Karolina stiegen zwei Personenzüge zusammen. Hierbei sollen 20 Personen ihr Leben eingeblutet haben. Über beide Katastrophen sind bisher noch keine näheren Einzelheiten bekannt geworden.

Kostow, 21. November. Aus unaufgklärter Ursache brach in der Altkhalle Feuer aus. Mehrere Personen kamen ums Leben. Eier und Geißigl im Wert von vier Millionen Rubel sind verbrannt.

Noghesort, 21. November. Dienstagabend kam es im hiesigen Gefängnis zu einer schweren Meuterei der Gefangenen. Die Meuterer töteten einen Oberwächter durch Revolverschüsse und schnitten seiner Frau mit einem Rasiermesser den Kopf ab. Ein Offizier wurde schwer, ein Matrose tödlich verwundet. Die Gefangenen haben sich verbündet. Behörden und Truppen haben sich an die Stätte des Verbrechens begeben.

Frankfurt a. M., 21. November. Der Frankfurter Zeitung wird aus Kalkutta gemeldet: Ein Boot, das gestern 50 Passagiere, darunter 7 Europäer, von der Siopore-Landungsbrücke zum Dampfer brachte, ist infolge Überladung umgeschlagen. Die Insassen ertranken. Wegen der starken Strömung konnte keine Leiche geborgen werden.

Kingston, 21. November. Eine große Flutwelle hat die Städte Savanna-la-Mar und Queen auf Jamaica zerstört. Damit, die aus Kingston kommen, berichten, daß 42 Personen infolge des Drangs in der Mountgo Bay umgekommen sind. Die telegraphische Verbindung ist noch gestört. Der Gouverneur von Jamaica ließ einen Spezialzug mit 300 Zelten und Lebensmitteln abfahren. Der Sturm begann am 15. November und nahm mehrere Tage hindurch an Gewalt zu. Er erreichte eine Maximalstärke von 100 Meilen in der Stunde.

Arbeiter-Sekretariat.

Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32. Auskunftsstelle für Rechtsfragen etc. — Sprechzeit nur an Wochentagen von 1/11 bis 1 Uhr und von 1/8 bis 1/8 Uhr. Sonntags ununterbrochen von vorm. 1/11 bis 7 Uhr abends. — Teleph. 5007.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Liebmann in Leipzig. Verantwortlich für den Inseraten Teil: Friedrich Piller in Potsdam-Leipzig. Druck und Verlag: Leipzigischer Buchdrucker Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Politische Uebersicht.**Ein Verlegenheitsurteil.**

Endlich, nach sieben langen Wochen, ist den Genossen Borchardt und Leinert das christliche Urteil im Hausknechtsparagraphen-Prozeß zugestellt worden. Die Länge der Zeit hat die Güte der „wissenschaftlichen Leistung“ der Herren Richter nicht erhöht. Nach einer Darstellung des Tatbestands, die mit den Angaben unserer Genossen übereinstimmt — das Gericht gibt zu, daß sie keine Störung der Verhandlungen des Dreiklassenhauses vom 9. Mai beabsichtigten, eine gerichtliche Feststellung, die den Zunkern einigermaßen gegen den Strich gehen wird, kommt die Begründung zu folgender merkwürdigen Behauptung:

Die Frage, ob das Verhalten des Angeklagten Borchardt in der Sitzung vom 9. Mai tatsächlich ein derartiges war, daß es im Sinne des § 64 in besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Weise die Ordnung verletzte, hatte das Gericht nicht nachzuprüfen.

Das ist eine seltsame Logik. Das Landgericht verurteilte den Genossen Borchardt wegen Hausfriedensbruchs. Das kann nur dann geschehen, wenn Borchardt vom Präsidenten mit Recht aus dem Parlament gewiesen wurde. Das Recht dazu hatte der Präsident aber nur dann, wenn Borchardt in besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Weise die Verleugnung der Ordnung begangen hätte. Ob er das getan hat, das zu prüfen lehnt das Gericht ab und schneidet sich damit selbst die Möglichkeit ab, die Tatfrage, ob Hausfriedensbruch begangen wurde, befriedigend zu beantworten.

Sehr bequem macht sich die Begründung um das Hindernis der Verfassungsbestimmung herum, die die Bedingungen anführt, unter denen ein Abgeordneter Sitzen und Stimme im Hause verliert und woraus hervorgeht, daß er aus anderen Gründen nicht ausgeschlossen werden darf. Sie sagt:

Diese Ansicht verkennt den Sinn der erwähnten verfassungsrechtlichen Bestimmung. Denn diese hat den dauernden und völkigen Verlust des Mitgliedsrechtes als solchen im Auge, während bei einer zeitweiligen Ausschließung eines Abgeordneten... das Mitgliedsrecht seinem Bestande nach unverändert bleibt, und nur die Ausübung desselben lediglich eingeschränkt wird für gewisse Zeit.

Dass der Ausschluß kein Ausschluß mehr ist, wenn er nicht dauernd, sondern zeitlich begrenzt ist, das ist eine überraschende Entdeckung. Von derselben Beweiskraft ist die Auseinandersetzung, daß die dem Ausschluß entgegenstehenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs kein Hindernis für die Gültigkeit des Hausknechtsparagraphen seien. Darüber sagt nämlich die Begründung:

Zunächst haben jene Geschäftsförderungsbestimmungen nur die Disziplinar-, innerhalb des Hauses gegenüber einem Mitgliede anzuwendende Maßregeln im Auge, während die §§ 105 und 108 Vorschriften auf kriminalrechtlichem Gebiete enthalten.

Soll das heißen, daß die Vorschriften des Kriminalrechts — d. h. des Strafgesetzes — von Disziplinarbestimmungen ohne weiteres durchbrochen werden können? Dann hätte das Abgeordnetenhaus allerdings auch das Recht, durch Geschäftsordnung die Todesstrafe zu verhängen. Denn auch einen Menschen zu töten, ist nur durch das Strafgesetz verboten. — Doch es kommt noch besser:

Ferner ist zu beachten, daß die Parlamentsmitglieder selbst, und ausschließlich für ihren Kreis bestimmt, in rechtmäßiger Weise die Ausschließung eines Abgeordneten beschlossen haben; es scheint die Folgerung gerechtfertigt, daß sie in äußersten Fällen... auf das ihnen durch das Strafgesetzbuch zustehende Schuhrecht... verzichtet haben.

Dieses Argument hat den Reiz der Neuheit und Originalität für sich. Seine rechtliche Unhaltbarkeit aber übersteigt alles bisher Dagewesene. Ein vom Reichstag und Bundesrat beschlossenes, vom Kaiser verkündetes Gesetz soll an einer Kraft treten, weil die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses es so will! Auf den Schutz des Gesetzes verzichten kann überhaupt niemand; es besteht, ganz gleichgültig, ob der, den es schützt, diesen Schutz will oder nicht. Der Dieb wird bestraft, ganz gleich, ob der Bestohlene den Schutz des Gesetzes will oder nicht, der Dieb wird bestraft, selbst wenn der Geschädigte seine Verurteilung nicht will!

Das Gericht aber ist gründlich. Es faßt die fiktive Sache noch einmal von einem andern Ende an, um seine Beweisführung ganz hieb- und stichfest zu machen. Es gibt zunächst zu:

Die Ausweisung und Entfernung des Abg. Borchardt und dessen Verhinderung am Wiedereintritt in den Sitzungssaal weisen, objektiv betrachtet, alle Merkmale der Delikte der §§ 105, 108 des Strafgesetzbuchs auf.

Nun folgt das Aber:

Es gibt kein Verbrechen ohne Dolus und ohne das Merkmal der Rechtswidrigkeit. Rechtswidrigkeit ist ein Verhalten, das mit einer Rechtsnorm in Widerspruch steht. Die Norm des einzelnen Strafgesetzes ist aber nicht isoliert, sondern im Lichte der gesamten Rechtsordnung ins Auge zu fassen, so daß sich unter Umständen andre Normen finden, die ein im Strafgesetze verbotenes Verhalten erlauben, vielleicht sogar zur Pflicht machen.

Mit diesem Satz in der Hand kann man das ganze Rechtsgebäude umstürzen, kann man die Willkür der Herrschenden zur obersten Rechtsnorm machen. Er ist die Krönung des Ganzen.

Gegen diese Leistung verschwindet völlig der Versuch, dem Genossen Borchardt, auch noch mit Hilfe des dolus eventualis den Strud zu drehen, weil er angeblich „mindestens mit der Möglichkeit der Rechtswidrigkeit seines Verbleibens im Sitzungssaale gerechnet“ habe. Dagegen verschwindet auch die famose Behauptung, daß der Abgeordnete Leinert der Aufruhr des Polizeileutnants, sich von seinem Platz zu erheben, „Folge zu leisten“ hatte. Auch die Entbedeutung, daß Genosse Leinert durch sein Verhalten Beihilfe zum Hausfriedensbruch geleistet habe — „Strafantrag ist dieserthalb nicht gestellt“ — kann nicht mehr überraschen.

Die ganze Begründung trägt den Charakter des Verlegenheitsprodukts deutlich an der Stirn. Der Hausknechtsparagraph läßt sich eben juristisch nicht rechtfertigen. Und wenn man versucht, so ist das Ergebnis Verwirrung und Verlegenheit. Aber die Justiz kann auch das leisten.

Deutsches Reich.**Wird Herr Stegerwald rebellieren?**

In der Zentrumsprese, in der Presse der christlichen Gewerkschaften, schweigen alle Füten. Keiner traut sich an die Gewerkschaftsencyklika des Papstes heran. Über die

Stimmung in den Reihen der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften wird der Öffentlichkeit nichts mitgeteilt. Am liebsten wäre es den christlichen Führern anscheinend, wenn sie die unbequeme Sache ganz aus der Welt schweigen könnten.

Das scheint aber doch nicht möglich. Wehigstens ist ein Anzeichen dafür vorhanden, daß es in der christlichen Arbeiterschaft gärt. In einer geschlossenen Mitgliederversammlung des christlichen Staats- und Gemeindearbeiterverbands zu München wurden heftige Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaftsführer erhoben. Ein älteres Mitglied protestierte entschieden gegen die Ansicht des ultramontanen Reichstagsabgeordneten Schirmer, der vor kurzem in einer Versammlung auch noch das Streikrecht der Gemeindearbeiter preisgegeben habe. Das Koalitionsrecht, so führte der Redner aus, darf nicht durchlöchert werden. Wo bleiben da unsre Führer? Warum haben sie Protest erhoben gegen das Schreiben des Papstes? Warum haben sie den Kampf gegen die Berliner Richtung nicht aufgenommen? Von München aus soll der Kampf gegen die päpstliche Enzyklika aufgenommen werden. Wenn es sich um wirtschaftliche Fragen handelt, dann haben die Bischöfe und der Papst gar nichts zu reden. Ich spreche als christlicher Mann und lasse mit in diese Fragen nicht hineinreden. — Ein ultramontaner Gemeindebevollmächtigter aus dem Arbeiterstand bestätigte, daß der Vorredner die Mehrzahl der christlichen Arbeiter hinter sich habe. Er schwerte sich darüber, daß von den christlichen Führern nichts unternommen worden sei. — Ein christlicher Gewerkschaftssekretär erklärte sodann beschwichtigend, er könne mitteilen, daß diese Frage zurückgestellt worden sei, da erst der Gesamt-ausschuss sprechen solle. Am Donnerstag würde in München dazu Stellung genommen und er könnte sagen, daß das lezte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gepronken sei; dafür bürgt der Name Stegerwald.

Der Name Stegerwald bürgt für nichts. Herr Stegerwald hat zu allen Berrätereien, die von den christlichen Arbeiternvertretenen im Reichstage an den christlichen Arbeitern begangen wurden, geschwiegen — weshalb soll er sich nicht mit der päpstlichen Enzyklika abfinden. Weshalb nicht mit der Kostierung der christlichen Gewerkschaften durch Papst und Bischöfe. Wir glauben nicht an einen ernstlichen Kampf der christlichen Führer gegen den Papst. Aber wir werden ja sehen.

Bemerkenswert ist übrigens, daß Bethmann jede Mitschuld für die Enzyklika ablehnt. Die Kölnische Zeitung meldet offiziell: „Zeitungsnachrichten“ folgen soll bei den Führern der christlichen Gewerkschaften die Ansicht bestehen, daß der Wortlaut der Enzyklika über die Gewerkschaften vor ihrer Veröffentlichung durch den Kardinal v. Kopp der preußischen Regierung unterbreitet worden sei und deren Zustimmung gefunden habe. Wie wir erfahren, ist diese Annahme irrig.“

Ob diese Erklärung den christlichen Führern den Beistand der Regierung verheißen soll, falls sie den Kampf mit Rom aufzunehmen? Wir nehmen an, daß sie sich darauf nicht verlassen werden, hinsichtlich sie wissen, daß der Reichskanzler ebenso wenig wie das Zentrum einen Bruch mit der Kirche wagt. Das ist in der Zeit, da die Religion dem Volke erhalten werden muß, da die Angst vor dem Untergang des Herrschenden in allen Knochen sitzt, nicht mehr möglich. Bethmann-Hollweg wird sehr bedauern, daß der Papst die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verwendbaren christlichen Gewerkschaften zerstört. Aber wichtiger als die christlichen Gewerkschaften wird ihm doch immer die schwarze Gendarmerie sein. Herr Stegerwald wird sich wohl überlegen, daß Bethmann ein sehr unsicherer Bundesgenosse ist und wird etwaige Rebellenluste mannhaft unterdrücken. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu gelben Vereinen ist nicht mehr aufzuhalten. Womit nicht gesagt ist, daß alle ihre Mitglieder diese Entwicklung mitmachen werden.

Die Kommission zur Verhinderung der Fleischnot.

So muß man die Kommission, die von der Reichsregierung zur Befähigung der Fleischnotuntersuchung zusammenberufen wird, fortan nennen. Man beachte die folgende Zusammensetzung: Oberbürgermeister v. Borsig (München), Debonierat Burckhardt (Berlin), Freih. v. Cetto (München), Universitätsprofessor Conrad (Halle), Vorsitzender des Bundes der Biehändler Daniel (Düsseldorf), Fleischermeister Dreher (Freiberg i. Sa.), Freiherr v. Freyberg-Eisenberg (Thendorf), Schlachthofdirektor Goltz (Berlin), Herold, M. d. R., Debonierat Johanssen (Hannover), Graf Kanitz, M. d. R. (Podangen), Oberbürgermeister Körte (Königsberg), Professor Landsberg (Magdeburg), Vorsitzender des Fleischerverbandes Marx (Frankfurt a. M.), Exzellenz Mehrt (Dresden), Molkenbuhr, M. d. R., Schlachthofdirektor Neumann (Hamburg), Viehkommissar Nahm (Berlin), Graf Ranft (Rastorf), Universitätsprofessor Schanz (Würzburg), Viehändler Schloß (Halle), Graf Schwerin-Löwitz, M. d. R., Sieg, M. d. R., v. Stockhausen (Berlin), Fleischermeister Voigt (Berlin), Oberbürgermeister v. Wagner (Ulm), Oberbürgermeister Wallraf (Köln a. Rh.), Freiherr v. Wangenheim (Klein-Spiegel), Wendorff, M. d. R. (Toiz), Oberbürgermeister Wermuth (Berlin).

Das ist eine Kommission aus Agrariern, Fleischern und Viehhändlern mit einigen Konzessionschulzten. Wer die Zusammensetzung der Kommission kennt, weiß auch, was von ihr zu erwarten ist.

Bethmanns halbe Maßregel.

Der Gesetzentwurf über die vorübergehende Zollerleichterung bei der kommunalen Fleischseinführung ist dem Reichstag zugegangen. In der Begründung wird angeführt, was die preußische Staatsregierung gegen die Fleischknappheit und die Fleischsteuerung bereits im Verordnungswege getan hat. Die Wirksamkeit dieser Maßregeln setzt eine Beteiligung der Gemeindeverwaltungen bei ihrer Durchführung voraus. Es lasse sich aber nicht verteidigen, daß die den Gemeinden zugedachte Mitwirkung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sei, die vielleicht nicht überall zu besiegen sein werden. Einige der wichtigsten Erleichterungen müssen ohnehin ihrer Natur nach auf einen enger zu begrenzenden Kreis größerer Ortschaften beschränkt bleiben. Hieraus ergebe sich das doppelte Bedürfnis, die für die Erreichung des Ziels so wertvolle kommunale

Mitarbeit einem größeren Kreise von Gemeinden zu ermöglichen und sie ferner denjenigen Städten, die sich der Aufgabe unterziehen, nach Möglichkeit zu erleichtern. Dies könne geschehen durch teilweise Erstattung des für das eingeführte Fleisch entrichteten Zolles. Aus diesem Grunde werde die Zustimmung der gegebenden Körperschaften durch besondere Gesetz nachgejagt.

Wie die Erleichterungen der Einfuhr und die Frachtergünstigungen, sei auch die hier vorgeschlagene Maßnahme als vorübergehend gedacht. Am wirksamsten werde die Fleischsteuerung durch Hebung der inländischen Schlachthaltung bekämpft. Es sei zu erwarten, daß dadurch das inländische Fleischangebot in Wölde auf eine Höhe gebracht wird, die von selbst zu ausreichender Senkung der Preise führen müsse. In dem Gesetzentwurf wird empfohlen, die Erhöhung des Bundesrats zu den neuen Maßnahmen bis zum 31. März 1914 zu erstrecken. Anderseits erscheine die Einführung der Zollerleichterung mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1912 ab deshalb geboten, weil auf diese Weise den Gemeinden die Möglichkeit gegeben ist, in der Erwartung des Zustandekommens des Gesetzes die als erwünscht bezeichneten Maßnahmen schon jetzt zu treffen und damit zur Linderung der herrschenden Uebelstände bald beizutragen.

Zur Linderung der herrschenden Uebelstände wird der ganze Gesetzentwurf herzlich wenig beitragen.

Steigende Zolleinnahmen.

Eine offizielle Korrespondenz meldet offenbar aus dem Reichstagamt, daß die Zolleinnahmen aus den Zöllen im laufenden Jahr die Einnahmen überstiegen haben, obwohl der erste Haushalt durch den Nachtragstat um 11,5 Millionen Mark erhöht wurde. In den ersten sieben Monaten haben die Zölle eine Einnahme von 422,1 Millionen Mark erbracht oder im Monatsdurchschnitt 50,3, während der Haushaltsschnitt sich auf 58,9 Millionen Mark stellt. Die tatsächliche monatliche Einnahme hat aber die geschätzte durchschnittlich um 2 Millionen Mark übersteigen.

Die Betriebszinnahmen der preußisch-sächsischen Staatsbahnen haben im Monat Oktober 1912 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs im Personenverkehr 2 Millionen Mark gleich 3,07 v. h. mehr, im Güterverkehr 9,8 Millionen Mark gleich 7,12 v. h. mehr, insgesamt einschließlich einer Mehreinnahme aus sonstigen Quellen 13,7 Millionen Mark gleich 9,71 v. h. mehr betragen.

Die Einnahme aus Zöllen und die der Eisenbahnen sind ein Gradmesser für den Stand des Wirtschaftslebens.

Die blamierte Kreuzzeitung. Wir lesen im Hammerstein-Organ:

Aur Meldung. Wir halten in unserem Artikel (Nr. 545) bemerkt, der Vorwärts habe aus dem authentischen Bericht über die Pariser Rede Scheidemann einen sehr charakteristischen Satz ausgelassen. Wie wir nachträglich sehen, ist nicht der Vorwärts in dieser Weise verfahren, sondern die *Leipziger Volkszeitung* (Nr. 208). Bei einem Vergleich beider Berichte sind die Ausschnitte verwechselt worden. Die Tatsache der Fälschung also liegt ungewisshaf vor, nur ist sie nicht dem Vorwärts, sondern dem *Leipziger Sozialistischen Organ* zur Last zu legen.

Wir wissen nicht, welchen „charakteristischen Satz“ in der Rede Scheidemanns die Kreuzzeitung meint. Das aber wissen wir, daß wir in dem Bericht dieser Rede nicht einen Buchstab geändert haben. Die Kreuzzeitung ist augenscheinlich zum zweitenmal das Opfer ihrer „Ausschiffung“ geworden. Daß dieses saubere Blatt von „Fälschung“ zu schreiben wagt, ist bei seinem sattsam bekannten Niveau nicht mehr verwunderlich. Man sucht seinem hinter dem Buch, hinter dem man sich nicht selber verstecken würde.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte tritt nach einer amtlichen Mitteilung des Reichsbaumeisters am 1. Januar 1913 voll in Kraft.

Die Konservativen bleiben Antisemiten. In der letzten Sitzung des erweiterten Vorstandes der konservativen Partei wurde, entgegen verschiedenen Anträgen, beschlossen, an dem Punkt des Zivil-Programms vom Jahre 1892 festzuhalten, der die Bekämpfung des „vielleicht sich vordrängenden und zerstörenden jüdischen Einflusses auf unser Volk“ fordert.

Promote Seelen. Am Sonntag eine von 1000 Personen besuchte Freidenkerversammlung von den Aleritalen gefördert und dann polizeilich aufgelöst. Die Aleritaler waren, nach einem Telegramm der Berliner Tagesblatt, Stinkbomben und schütteten Salpäne auf den Boden. Ein Brand wurde glücklich gelöscht, ohne daß eine Panik entstand.

Oesterreich-Ungarn.**Neue Küstungen zur See.**

Budapest, 20. November. Bei der Beratung des Marinebudgets in der gemeinsamen Delegation betonte Graf Latour die Notwendigkeit eines Flottengeches nach dem Muster Deutschlands und verlangte die jährliche Einstellung von 80 bis 90 Millionen in das Marineordinarium für Schiffsbooten. Marineministre Montecuccoli verlangte die Unzulänglichkeit des Marinebudgets und verlangte, daß der Ertrag der Monarchie möglichst bald erfolge. Der Minister sei überzeugt, daß sich im Adriaischen Meer stärke Seemächte bilden werden. Deswegen sei es auch die Pflicht Oesterreich-Ungarns entsprechend zu rüsten. Darauf wurde der Marinakredit angenommen.

Frankreich.**Generalsekretär Ghantet über marokkanische Fragen.**

Tanger, 20. November. Der auf der Reise nach Paris hier eingetroffene Generalsekretär für Marokko, Ghantet, erklärte einem Berichterstatter: Wir brauchen zwei Mittel, um Marokko festzuhalten und seinen Besitz gewinnbringend zu gestalten: Lenkte und Geld. Soll man aber in Marokko, in Gegenden, die noch von den jüngsten Aufständen betroffen sind, die Einwohneren zu neuen Feindseligkeiten aufziehen, indem man von ihnen Steuern fordert? Die Lage läßt sich dahin zusammenfassen: Schonen wir unsere Bataillone! Aber man gebe mir als Erstes dafür die Mittel, durch Wohlfahrtsanstalten, Schulen und Krankenhäuser auf die Einwohner politische Anziehungskraft auszuüben. In diesem Sinne wird General Ghantet in Paris sprechen.

Ruhrland.**Keine Mobilisierung? — Die neue Duma.**

Petersburg, 20. November. Das Informationsbureau stellt auf das entschieden in Abrede, daß die Mobilisierung einiger Militärbezirke beschlossen sei, und bestreitet auch die Mitteilung, der Zeitpunkt dieser Mobilisierung sei auf den 21. November festgesetzt worden. Diese Gerüchte seien völlig unbegründet und lediglich zum Zwecke der Börsenspekulation verbreitet.

Petersburg, 20. November. In der Duma werden nach der offiziellen Zusammenstellung festgestellt, daß 105 Mitglieder der Linken,

22 der Rechten und 255 des Zentrums vertreten sein. Als amtierender Kandidat für das Präsidium der Duma gilt Fürst Wolkonski (Ostobrist), der den Nationalisten angenehm ist.

Belgien.

Die Verfassungsdebatte im Parlament.

Bрюссель, 20. November. Die Kammer begann gestern die Beratungen über das Regierungsprogramm. Abg. Woestie erklärte zu der von der Regierung vorgeschlagenen Heeresreform, daß er den Motiven des Kriegsministers widersprechen müsse. Belgien könne keine Offensivpolitik treiben. Nichts rechtfertige die Annahme, daß die Garantien der Neutralität Belgien im Stiche lassen würden, die internationale Lage sei für Belgien nicht bedrohlich. Er habe volles Vertrauen zu den Garantien der belgischen Neutralität. Die Begründung des Kriegsministers sei eine Fanfare gewesen. Bei Fortsetzung der Debatte führte der Ministerpräsident aus, daß die Regierung den Antrag der Sozialisten und Abänderung der Verfassung deshalb ablehne, weil er unter Androhung des Generalstreits erfolgt sei. Der sozialistische Abgeordnete Vanderveld wies darauf hin, daß bei der kategorischen Weigerung der Regierung die Lage gefährlich werden würde.

Niederlande.

Eine Kolonialdebatte im Parlament.

Haag, 20. November. Im Verlaufe der Beratung des Budgets für die indischen Besitzungen, erklärte der Antirevolutionäre Scheurer, der Nationalismus der Muselmanen werde durch die revolutionäre Propaganda genährt, deren Mittelpunkt die jüngst in Belgrad in Paris bildeten. Sowohl die Chinesenfrage in Betracht komme, müsse man vorerst die Eingeborenen den Europäern anpassen, bevor man den Chinesen die gleichen Rechte gewähre. Der Sozialistische Haushalt und der Überseehafen Beaufort forderten die vollständige Gleichstellung der Chinesen mit den Holländern in Indien. Man dürfe damit nicht warten, bis die chinesische Regierung Holland dazu zwinge. Der Beaufort warnte die Regierung, eine Kriegspolitik gegen die Niederländer zu verfolgen. Der Katholik Vogaart stellte den Antrag, für zehn Jahre das Opium, ausgenommen für medizinische Zwecke, zu verbieten.

Großbritannien.

Die Regierung hat wieder eine Majorität.

London, 20. November. Der vom Schatzkanzler Lloyd George beantragte Schluß der Debatte im Unterhaus wurde mit 322 gegen 206 Stimmen angenommen. Die neue Finanzresolution der Home-Büro-Bill wurde sodann unter dem Beifall der Ministeriellen mit 318 gegen 206 Stimmen angenommen.

Freibereien zu Flottenrüstungen.

London, 20. November. Der Konservative Middlemore richtete im Parlament an den Ersten Lord der Admiralität Churchill die Frage, ob er angesichts der Tatsache, daß in den heimischen Gewässern nur zwanzig vollwertige Schlachtkräfte gegenüber achtzehn deutschen anwesend seien, die Einbringung eines neuen Rauplana in Erwägung ziehe. Churchill erwiderte, die Admiralität sei überzeugt, daß die in den heimatlichen Gewässern verfügbaren Seetreibkräfte für eine kurze Frist ausreichend sind, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten.

Spanien.

Aus der Kammer.

Madrid, 10. November. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wurde der frühere Ministerpräsident Moret einstimmig zum Präsidenten gewählt. — Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der Regierungsentwurf über die Ausgabe von 300 Millionen Pesetas in Scheinen zur Liquidation der Obligationen des bereits abgeschlossenen Steuerjahres mit 220 gegen 20 Stimmen angenommen.

China.

Der russisch-mongolische Vertrag.

Peking, 21. November. Der Minister des Außenwesens stellte gestern nachmittag der russischen Gesandtschaft einen Besuch ab und bat, daß Russland die Grenzen der Mongolei bestimmen solle, wie es in dem russisch-mongolischen Übereinkommen ins Auge gesetzt sei. Der Minister bestätigte Chinas Anspruch auf die Kontrolle der auswärtigen Beziehungen der Mongolei und beanspruchte, daß den Vertretern Chinas in der Mongolei eine angemessene Wache zugestanden werde. Der Minister riet ferner an, daß es seiner Macht gestattet werden sollte, Truppen in die Mongolei zu entsenden. Er erwähnte die chinesische Sonderanität oder Sonderanität über die Mongolei nicht ausdrücklich, bestand aber darauf, daß die freien Weiberrechte der Mongolen nicht geschmäleriert werden, ancheinend als Verteidigung gegen eine zukünftige Veräußerung öffentlicher Ländereien. Der Besuch des Ministers stellt den Beginn von Verhandlungen über eine Übereinkunft dar. Man hofft, daß deren Ergebnis die gegen Russland gerichtete Bewegung in den Provinzen beschleunigen wird.

Weiter wird gemeldet: Die chinesische Regierung sieht die Unmöglichkeit ein, Russland in der Mongolei bewaffneten Widerstand zu leisten. Bestimmend mag hierbei die Tatsache mitgewirkt haben, daß in Nord-China, namentlich auch in Peking, vielfache Anzeichen von Sympathie für die Mongolei bemerkbar werden.

Nord-Amerika.

Die Regierung und die Trusts.

Newark, 20. November. Vor dem Bundesgericht in Newark (New-Jersey) wurde gegen die United States Motor Company der Konkurs beantragt. Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf über zwölf Millionen Dollars, denen weniger als neun Millionen an Aktiven gegenüberstehen. — Gemäß den Anweisungen des Generalstaatsanwalts Wickesham begann die Grand Jury von Newark die Untersuchung der Beziehungen zwischen der Trust-Vahn und der von Newark, Newhaven und Darsford-Vahn, die eine Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels und eine Verletzung des Antitrustgesetzes darstellen sollen. Zahlreiche Eisenbahnmagnaten werden als Zeugen vernommen.

Newark, 19. November. Die amerikanische Regierung beabsichtigt nicht, gegen das deutsche Ueicht-Del-Monopol zu protestieren, da hierzu kein Grund vorliege.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 19. November.

In der Zweiten Kammer gab es heute eine Apotheken-debatte, die sich ausschließlich um die eine Kernfrage bewegte: private Ausbeutung oder Vergesellschaftung des Arzneiwesens? Die sieben Petitionen allerdings, die den Anlaß zu dieser Debatte gaben, hatten höchstens indirekt Schuld an der prinzipiellen Vertiefung und Herausarbeitung des wichtigen Problems. Sie gingen aus von den zunächst Interessierten am Apothekenwesen: den Apothekenbesitzern und deren Interessenvertretungen, den pharmazeutischen Kreisvereinen, sowie auf der andern Seite von der Gehilfenorganisation, dem Verband deutscher Apotheker und dessen sächsischen Bezirksvereinigungen. Ebenso wenig einheitlich wie die soziale Zusammensetzung der Petenten selbst, war der Inhalt ihrer Petitionen; sie erstrebten ganz verschiedenartige und zum Teil einander direkt entgegengesetzte Zwecke. Während die Gehilfen-

organisation die Vermehrung der öffentlichen Apotheken und Einführung des öffentlichen Verfahrens bei der Verleihung von Apotheken, sowie die gezielte Regelung des sächsischen Apothekenwesens fordern, wünschen diejenigen ihrer Berufsgenossen, die bereits im Schilde sitzen: die Apothekenbesitzer, im Gegenteil die Festigung ihrer Besitzprivilegien auf gelegentlichem Wege. Sie erstreben einerseits die Umwandlung des neuerrichteten Aufnahmeverfahrens in das alte Real-Konzessionsverfahren, und anderseits die Einleitung einer Entschuldungs- oder Ablösungsaktion für die realberechtigten und privilegierten Apotheken, die infolge des ihnen verliehenen Monopolcharakters immer weiter im Werte hinaufgetrieben und infolgedessen mit Schulden überlastet worden sind. Die Personalzession wird von der Regierung nur auf die Person des jeweiligen Apothekeninhabers erteilt; dieser hat also weder das Recht der willkürlichen Veräußerung noch auch der Vererbung, das mit der auf der Apotheke selbst ruhenden Realzession verknüpft ist. Die Erfüllung des Wunsches der pharmazeutischen Vereine auf allgemeine Einführung der Realzession würde nur zur Folge haben, daß die Verschuldung noch weiter steige. Natürlich wollen die Apothekenbesitzer auch von der Vermehrung der Apotheken, wie sie ihre Gehilfen fordern, nichts wissen. Dafür erstreben sie die Errichtung einer Apothekerkammer und eine stärkere Vertretung im Landesgesundheitsamt, um ihre egoistischen Interessen noch besser zur Geltung bringen zu können.

Die Beschwerdedeputation hatte sich gegenüber der Fülle der geäußerten Wünsche darauf beschränkt, die Reformbedürftigkeit der auf dem Gebiete der Arzneibereitung und des Arzneihandels bestehenden Verhältnisse anzuerkennen und die Regierung dringend zu ersuchen, nachdem die rechtsgerichtliche Regelung gescheitert ist, diese auf landesgesetzlichem Wege vorzunehmen. Die Realzession wurde in der Deputation von keiner Seite befürwortet. Es war das Verdienst unserer Genossen, für diese Regelung bestimmte Wege zu weisen. Genosse Schulz wies bei der Besprechung der Petitionen darauf hin, daß nur durch die Verstaatlichung oder noch besser vielleicht durch die Kommunalisierung des Arzneiwesens den herrschenden Missständen entgegentreten werden kann. So gut wie wir die Anstellung der Aerzte durch den Staat fordern, verlangen wir auch, daß die Apotheken der privaten Ausbeutung entzogen werden. Der jetzige Zeitpunkt erscheint für diesen Schritt um so geeigneter, als gegenwärtig bereits von den Krankenkassen jährlich 50–60 Millionen für Medikamente ausgegeben werden, und diese Summe mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung sicher noch steigen wird. In demselben Sinne sprach Genosse Frädorf, der sich besonders noch gegen die Einführung einer Ehrengerichtsbarkeit für die Apotheker wandte, mit der man bei den Aerzten die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht hat:

Die Ausführungen unserer Genossen lockten eine ganze Reihe bürgerlicher Redner auf den Plan. Der Forderung nach Kommunalisierung des Apothekenwesens schloß sich der Nationalliberale Bleyer an, was ihm ein verwundertes Maul bei seinen Parteifreunden eintrug. Es ist in der Tat auch unerhört, daß sich ausgerechnet ein Angehöriger der liberalen Parteien in dieser Weise an dem „Palladium des sittlichen Staates“, der dreimal geheiligten kapitalistischen Ausbeutungsfreiheit, versündigen konnte. Um nicht noch weitere Verwirrung im bürgerlichen Lager einzutragen zu lassen, verzichtete der Ministerialdirektor Rumpf, daß die Regierung zwar noch nicht wisse, wie sie Ordnung in das Chaos des Apothekenwesens bringen solle, jedenfalls werde das aber nicht in der Richtung der sozialdemokratischen Forderung geschehen. Und die Abgeordneten Schanz, Schreiber, Jöppl und Günther wußten nach ihm alle möglichen gefährlichen Folgen zu entdecken, die die Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Arzneiverpflegung haben werde. Womit freilich nur erneut der Beweis geleistet wurde, daß das privatkapitalistische Interesse jedem Fortschritt, der der Allgemeinheit zugute kommen könnte, hindernd im Wege steht.

Diesen Donnerstag wird in der Zweiten Kammer die Schlussberatung über die Kirchen- und Schulesteuergefege stattfinden. Beim Kirchensteuergesetz will die Regierung die Mehrheits- und Minderheitsgemeinden in der Erhebung der Grundsteuer und Besteuerungselabgaben gleichstellen, die Andersgläubigen und Dissidenten aber von dem Zwange zur Leistung dieser Steuern befreien. Dagegen hat sich bekanntlich in der Steuerdeputation lebhafter Widerstand erhoben. Es wurden verschiedene Anträge gestellt, von denen jedoch einer zur Annahme gelangte. Zu dieser Frage haben der konservative Abg. Dr. Böhme und der nationalliberale Abg. Göppert ein halbes Dutzend Anträge im Plenum eingebracht, wonach den Mehrheitsgemeinden wie bisher das Recht eingeräumt werden soll, ganz allgemein Grundsteuer und Besteuerungselabgaben zu erheben. Nach § 7 des Regierungsentwurfs können die Kirchengemeinden, die durch die vorgeschlagene Steuerregelung beeinträchtigt werden, angemessene Beihilfen aus der Staatskasse gewährt werden. Die Auträger der Schlager legt eine Fassung vor, wonach die Regierung dem Landeskonsistorium zur Unterstützung der in Frage kommenden Gemeinden 600 000 M. überweisen soll.

Nach Ihrem bisherigen Standpunkte kann die Regierung den erstenwähnten Anträgen über das Recht zur Erhebung der Grundsteuer nur durch die Mehrheitsgemeinden nicht zustimmen. Die Anträge müßten daher für die Regierung ein Moment mehr sein, das Gesetz abzulehnen.

Wenn zwei dasselbe tun . . .

Zwei hübsche Bilder über Lehrerbehandlung veröffentlicht die Leipziger Lehrerzeitung, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten dürfen. Hier sind sie:

1.

Am 23. Mai 1911 hielt Herr Rechtsanwalt Dr. Schiller im Leipziger Lehrerverein einen Vortrag über das Thema: Zur rechtlichen Stellung des Lehrers in Staat und Gemeinde. Der damalige Vorsitzende des Leipziger Lehrervereins, Herr Hertel, wurde im Anschluß an diesen Vortrag mit einer Ermahnung innerhalb des Besserungsverfahrens bestraft. Sein Vergehen bestand nach Ansicht der Behörde darin, daß er, wie es in der Ministerial-Entscheidung vom 26. Februar 1912 heißt, „sich nach Anhörung des Vortrags (Schillers) mit seinem Worte gegen die darin enthaltenen, mindestens teilweise auf seine vorgesetzte Behörde abzielenden Bemerkungen gewendet, vielmehr dem Rechtsanwalt Dr. Schiller ohne jede Einschränkung den Dank des Vereins ausgesprochen, auch als Vereinsvorsitzender keinerlei Schritte unternommen hat, um zu verhindern, daß der Vortrag ebenso wie frühere andere im Verein gehaltene Vorträge in der Leipziger Lehrerzeitung . . . abgedruckt wurde“.

2.

Am 18. Juni 1912 sprach der Landtagsabgeordnete Herr Dr. Böhme im Konservativen Verein zu Dresden über das Thema: Die Tätigkeit des letzten Landtags, und übte dabei auch Kritik am Kultusminister Dr. Beck. Die Dresdner Nachrichten berichteten darüber:

Die Haltung des Kultusministers habe sich nicht als einheitlich und bestimmt erwiesen in dem hochwichtigen Entwurf des Volksschulgesetzes. Der Herr Kultusminister sei ein eminent kluger Mann, auch ein ausgezeichnete Debattierer, aber trotz aller dieser Bedeutung doch kein glücklicher Taktiker. Bei grundlegenden Fragen, wie beim Volksschulgesetz, könne es gar kein Zufall geben. Da hieße es: Biegen oder Brechen. Man müsse den Lehrern unbedingt das Recht einräumen, ihre Meinung bis zum äußersten zu vertreten, auch gegenüber ihren Vorgesetzten, aber das darf nicht in verlebender Form geschehen. Der Herr Kultusminister habe es verschuldet, daß hier ein schlimmer Ton vielfach eingesetzt sei.

Mehrlich lautete der Bericht im Dresdner Anzeiger. Die Dresdner Neuesten Nachrichten schrieben dazu in Nr. 166: Herr Oberlehrer Thümmler, der Vorsitzende des Konservativen Vereins und Leiter der herzgewinnenden Freier, in der die Ministerien zu vertreten wurden, kann vielleicht wenigstens dem Kultusminister, der ja, wie zugegeben wird, „außerordentlich begabt“, mit dem „Man“ aber sonst wenig zufrieden ist, Nachhilfestunden geben, damit er erfaßt, wie man ein mögliches Gesetz zu Fall bringe, wenn es den Konservativen nicht paßt, und auf keinen Fall die Mitwirkung anderer Gruppen annimmt, wenn „Wir“ nicht dabei sind. Herr Mehrtz geht zwar sonst hart mit den Lehrern und Gerichten, die sich Amt an Gesetzesvollzügen oder eigene Meinungen erlauben. Aber es ist erstaunlich, daß auch einmal Freiheiten gestattet werden, daß ein Oberlehrer präsidieren darf, wo sein oberster Chef persönlich in so geschmackvoller Weise zensiert wird.

Herr Oberlehrer Dr. Thümmler, der Vorsitzende des Konservativen Vereins zu Dresden und Leiter der in Frage kommenden Versammlung, ist nun nicht etwa in ein Besserungsverfahren genommen worden, wohl aber fürsichtig zum Stadtschulrat von Dresden befördert worden.

Ein Kommunalwahlrecht schlimmster Art.

Der Gemeinderat zu Katz bei Dresden bestand bisher aus acht Ausläuferpersonen, sechs Ausläßigen und zwei Unanlässigen. Dieses starke Überge wicht der Ausläßigen, das den Vorschriften der Landgemeindeordnung entspricht, bedeutet eine glaublich Entziehung der überwiegenden Mehrheit der Einwohnerschaft, denn es gibt ein paar mal so viel Unanlässige als Ausläßige. Hinzu kommt noch, daß die Unanlässigen auch bedeutend mehr Steuern aufzubringen als die Ausläßigen. Deshalb ist eine andere Zusammenfassung des Gemeinderates beschlossen worden. Die Vertreterzahl soll auf neun erhöht werden, und zwar soll es bei sechs Ausläßigen bleiben, den Unanlässigen will man aber noch einen Vertreter mehr zugesetzen, so daß dann illustig deren Zahl drei betragen würde. Um jedoch zu verhindern, daß als dritter Unanlässiger noch ein Sozialdemokrat einzusteht, hat man die Erhöhung der Vertreterzahl mit einer Klassensteilung der Unanlässigen verknüpft. Es werden zwei Berufsklassen gebildet. Der ersten Klasse sollen alle Staats- und Gemeindebedienstete und angestellte und die Angehörigen der freien Berufe angehören, die in Katz verdammt dünn gesetzt sind. Das macht aber nichts, wenn nur der Zweck erreicht wird. Natürlich handelt dies neue Wahlrecht“ die Zustimmung des Bezirksausschusses, der sich dieser Tage damit zu befassen hatte.

Hier hat man geradezu ein Musterbeispiel, in welcher Weise ein Gemeindewahlrecht nach den Bestimmungen der neuen Landgemeindeordnung verhandelt werden kann.

Die Landesversicherungsanstalt im Jahre 1911.

Nach dem Geschäftsbericht der Landesversicherungsanstalt für 1911 betrug das Gesamtvermögen Ende 1911 184 587 188,40 M. Der Vermögenszuwachs im Berichtsjahr beträgt 10 024 650,81 M. Zuvaldenansprüche wurden 12 491 angemeldet, eine Zunahme von 148 gegen das Jahr 1910. Bewilligt wurden 10 416, abgelehnt 820, anderweitig geregelt 1052. Die Ausgabe für Zuvaldenrenten betrug 10 197 956,64 M.

Krankenrentenansprüche lagen 1481 zur Anmeldung. Bewilligt wurden 1145, abgelehnt 107, anderweitig geregelt 206. Gegen 1910 eine Zunahme von 8. Anträge auf Altersterente wurden 1315 gestellt, bewilligt 1129, abgelehnt 65, anderweitig geregelt 122; das bedeutet gegen 1910 eine Abnahme von 6 Bewilligungen. Beitragserstattungsanträge wurden in Heiratsfällen 18 710 gestellt und 17 006 bewilligt. Gegen 1910 12 026 mehr. Rückzahlungen in Todessäulen wurden 3844 beantragt und hier von 3340, oder 360 mehr wie im Vorjahr bewilligt. Die Ausgaben für Beitragserstattungen betrugen 1 126 272,98 M. Für das Heilerverfahren hat die Versicherungsanstalt ausgegeben 1 780 704,58 M. Anfang 1911 waren 712 Kranke in Heilbehandlung, am Schlusse des Jahres 818. Gegenwärtig sind 1414 Kranke untergebracht. Im Februar 1912 ist die Eröffnung der Lungenheilstätte Gottlieb zu erwarten, wo etwa 500 Versicherte neu untergebracht werden können. Die Einnahme an Beiträgen betrug 19 300 475,76 M. Für die Beitragserhebung und Kontrolle wurden 839 338,00 M. verausgabt. Die Verwaltungskosten betrugen 726 010,19 M.

Der „spottbillige“ Gemeindevorstand.

In Obergörbitz steht man vor der Wiederwahl des Gemeindevorstandes Rädtsch. Da man sich im Gemeinderat im unklaren war, ob M. als berufsmäßiger Gemeindevorstand anzusehen ist, wurde bei der Amtschaupräsentanz angefragt. Diese unterbreitete die Sache dem Bezirksausschuß, der sich jetzt mit der Angelegenheit beschäftigte. Nach Meinung des Referenten kann man kein Amt bestehen, daß M. nicht gewählt als berufsmäßiger Gemeindevorstand anzusehen sei, denn Obergörbitz hätte 1400 Einwohner und befindet sich in steter Entwicklung. Freilich könnte höchstens die Berufsmäßigkeit auf die unmittelbare Zeit sein. Der Referent betonte, daß Obergörbitz eine stark stützende Bevölkerung aufweise, was eine Höchst der Gemeindegeschäfte mit sich bringe, daß der Gemeindevorstand von Anfang an die einzige Arbeitskraft der Gemeinde sei usw. Der Gemeinderat sei allerdings der Meinung, daß die Berufsmäßigkeit nicht anerkannt werden könne, weil M. sein Hauptinkommen nicht aus der Gemeinde, sondern aus einem Fouragewandel beziehe. Die Richtigkeit dieser Behauptung mußte auch der Referent zugeben. Doch soll die Sache so liegen, daß dieses Geschäft der Bruder und die beiden Söhne des Gemeindevorstandes besorgen, weil M. selbst keine Zeit habe, sich darum zu kümmern. Herr M. belehrt aber auch den Gemeinderat, daß er alle Verantwortung habe, mit den gegebenen Verhältnissen recht zufrieden zu sein, denn diese ermöglichen es ihm, seine Arbeitskraft der Gemeinde so spottbillig (1400 M. Gehalt) zur Verfügung zu stellen. Der Bezirksausschuß beschloß, die Berufsmäßigkeit des Gemeindevorstandes seit dessen Amtsantritt anzuerkennen. Die Gemeinde kommt also nicht um die künstige Pensionierung herum.

* Die Bielbeschäftigten. Am Schlusse der Dienstagssitzung der Zweiten Kammer fragte der Freisinnige Günther den Präsidenten, wann er die Interpellationen über die Lebensmittelsteuerung und die Lehrerregelungen auf die Tagordnung zu setzen gedenkt. Der Präsident gab darauf zur Antwort, daß das Ministerium des Innern, zu dessen Zuständigkeitsgebiet die von unseren Genossen und den Fortschrittler eingereichten Teneringsinterpellationen gehören, es bisher überhaupt noch nicht für den Künigt wert gehalten hat, sich über den Termin für die Beantwortung zu äußern. Der Kultusminister aber hat erklärt, daß er über die Lehrerregelungen erst dann Rede und Antwort stehen will, wenn die

Arbeiten für die größeren, zu seinem Ressort gehörigen Gesetzesvorlagen erledigt sind. Da diese Vorlagen — Volkschul- und Seminargesetz, Schul- und Kirchensteuerreform — bereits sämtlich die Deputationen und zum Teil auch schon das Plenum passiert haben, kann von einer Arbeitsüberlastung aber schwerlich die Rede sein, am allerwenigsten jedenfalls im Ministerium des Innern. Das Sagen der Regierung kann unter diesen Umständen wohl nur dahin gedeutet werden, daß man hofft, bei der Kürze der zur Beratung stehenden Zeit um die Beantwortung der unbedeutenen Anfragen überhaupt herumkommen zu können.

Erlauptschan. Einen glänzenden Sieg haben unsere Genossen bei der Stadtverordnetenwahl errungen. In der ersten Abteilung, in der die Bürger mit einem Einkommen bis zu 1400 M. wählen, vereinigten unsere Genossen Frieder und Schuster 1157 resp. 1152 Stimmen auf sich. Die Kandidaten der Gelben brachten es nur auf 321 bzw. 319 Stimmen. Vor einigen Jahren trugen sich die bürgerlichen Parteien noch mit der Hoffnung, mit Hilfe der von den Unternehmern gegründeten nationalen Arbeiterorganisation die Sozialdemokraten aus dem Stadtparlament zu verdrängen. Einmal blieben die Gelben auch nur um wenige Stimmen hinter den sozialdemokratischen zurück. Diese Wahl wurde damals für ungültig erklärt, bei der erneuten Wahl siegten aber die sozialdemokratischen Kandidaten wieder, und zwar mit einer etwas höheren Mehrheit. Seitdem ist es aber mit der gelben Gruppe immer weiter rückwärts gegangen.

Pirna. Bei den Stadtverordnetenwahlen, die hier diesen Donnerstag vor sich gehen, haben sich alle bürgerlichen Korporationen auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Unter den 18 Vereinen und Verbänden befinden sich neben dem — selbstverständlich — Hausbesitzerverein auch der Mieterverein, der Wohnungsbauverein, sowie die Ortsgruppe der Bodenreformer. Wie ernst mag es diesen Vereinen, die dem Wohnungsbauverein entgegenwirken wollen, sein, wenn sie sich mit dem Hausbesitzerverein verbünden! Und alles das nur, damit ja kein Sozialdemokrat ins Stadtparlament kommt, d. h. ein Vertreter derjenigen politischen Richtung, die ernsthaft und energisch alle Bestrebungen gegen den Wohnungsbauverein unterstützen.

Freiberg. Bei der Stadtverordnetenwahl gelang es den Mittelständlern noch einmal, ihre Mandate zu behaupten. Die sozialdemokratischen Stimmen haben sich um 70 Prozent vermehrt, sie sind von 239 Stimmen auf 600 Stimmen gestiegen.

Plauen. Die Stadtverordneten verabschiedeten die Wahlordnung für das neue Wahlrecht, in der man sich das Hamburger System zum Muster genommen hat. Es erhält nämlich jeder Wähler eine Marke, die seine Abstimmung durch eine Nummer und durch eine bestimmte Farbe angibt. Diese Marke muß der Wähler auf den Stimmzettel kleben. Die Wahl selbst findet am Montag, den 9. Dezember statt. In der gleichen Sitzung wurden auch 10.000 M. bereitgestellt, damit der Verkauf des ausländischen Fleisches in städtischer Regie erfolgen kann. Den Fleischhermeister wurde hierbei allerdings in der schaudernden Weise ihre unschöne Handlungswweise vor Augen geführt. Sie wären die bedauerliche Ursache zu dem Schritt der Stadtverwaltung, daß diese den Verkauf des Fleisches einzuhören muss, weil sich nur 15 Fleischhermeister bereit erklärt haben, den Verkauf zu übernehmen, und zwar auch nur bei ganz kleinen Posten. Der Obermeister versuchte zwar eine Entschuldigung für seine Zunftgenossen vorzubringen, indem diese dabei zu wenig verdienten, jedoch wird ihm wohl kein Mensch großen Glauben entgegenbringen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Bahnhof Herlasgrün ist die 21jährige Lageristin Toni Eberlebach aus Ruppertsgrün beim Abfahren des Zuges von der Plattform eines Wagens 4. Klasse, »fallen und unter den Zug gekommen. Die Bedauernswerte, die komplizierte Brüche beider Beine erlitten, mußte nach dem Krankenhaus in Plauen (Vogtland) übergeleitet werden, da sich die Abnahme beider Beine nötig machte. — Der Rentier Eberhardt in Zittau lief auf der Baugasse Straße direkt in einen ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen, wurde zu Boden geworfen und erlitt eine Gehirnerschütterung. — Ein vierjähriges Mädchen, das am Ufer der angeschwollenen Würschnitz in Hartmann gespielt hatte, fiel ins Wasser und wäre sicher ertrunken, wenn nicht ein 18jähriger Schulknabe das Mädchen unter elgerner Lebensgefahr gerettet hätte. — Ein in Dresden-Rentzsch wohnhafter 44 Jahre alter Schneider sprang in selbstmörderischer Absicht von der Karolabrücke in die Elbe. Zwei Kanus, die rasch entschlossen dem Lebensmüden in einem kleinen Kahn nachgefahren waren, gelang es, ihn kurz vor der Friedrich-August-Brücke noch lebend an Land zu bringen.

Aus der Umgebung.

Schönesfeld. Neuer entstand vorgestern in der Farbenfabrik Berger und Wirth dadurch, daß Leinöl, das zur Herstellung der Farben verwendet wird, in Brand geriet. Dem bemühen der Feuerwehr gelang es, den Brand zu lokalisieren.

Moskau. Offizielle Versammlung. In einer für den 15. November vom Ortsverein einberufenen äußerst stark besuchten öffentlichen Einwohnerversammlung referierte Reichstagsabgeordneter Geyer über den gegenwärtigen Balkan-Krieg. Der stürmische Beifall gab zu erkennen, daß der Redner den Sammelten aus dem Herzen gesprochen hatte. Eine Resolution, in der entschieden gegen eine Einigung der deutschen Regierung in den Balkankrieg protestiert und die Sammelten verpflichtet werden, energisch mit dafür einzutreten, daß dem deutschen Volke der Frieden erhalten bleibt, wurde einstimmig angenommen. — Bei dieser Gelegenheit seien auch denen noch einige Worte zugesprochen, die sonst nicht in unseren Versammlungen zu finden sind, sondern ihr teil noch immer bei den bürgerlichen Vereinen wie auch in der bürgerlichen Presse zu finden glauben. Durch Zusammensetzen zur Resolution haben sie die deutsche Politik verurteilt. Hoffentlich geben sie nun endlich auch einmal die Konsequenzen und werden sich darüber klar, daß auch sie einen großen Teil Schuld an den heutigen Zuständen tragen, infosser, als sie als

Vollständig umsonst!!
erhalten Sie die nebenstehende [28408]
Konzert-Harfen-Zither

Sonstiger Preis 20 Mark.
Alt und jung kann es in kluge lernen und ist entzückt von diesem schönen, vollständigen Instrument. Als Gegenleistung müssen 150 schöne Lieder, Märche, Walzer etc. gut sortiert à Stück 10 Pf. = 15 M. mit bezogen werden. Schreiben Sie sofort an das Versandhaus „Haasola“.

Vorteilhaftes Angebot:
Das Leben der Naturvölker.

Statt 6 Mark nur 3 Mark
elegant gebunden mit 227 Illustrationen.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.
Die Filialen und Aussträger der Volkszeitung nehmen Bestellungen an.

Mitglied eines bürgerlichen Vereins und als Abonnenten bürgerlicher Zeitungen den herrschenden Klassen nur den Rücken steigen. Daraus heraus aus den bürgerlichen Vereinen und hinein in die gewerkschaftliche wie auch politische Organisation. Hieraus mit der bürgerlichen Presse aus euren Wohnungen, abonniert die Presse, die eure Interessen wirklich vertritt, die Leipziger Volkszeitung. Ferner stand noch die Einverleibungsfrage sowie die Gemeinderatswahl zur Tagesordnung. Hierbei gab Genosse Hartung einen kurzen Rückblick über die Verhältnisse, wie sie sich insbesondere in den letzten Jahren innerhalb der Gemeinde gestaltet haben. Er betonte, wie notwendig es sei, in Würde der Stadt Leipzig einverlebt zu werden. Während somit alles für die Einverleibung der drei Dörfer Schönesfeld, Leutzsch und Moskau geregelt sei, fehle bis heute noch die ministerielle Einwilligung. Hartung unterwarf die Verschleppungspolitik einer eingehenden Kritik. Da die Zustimmung des Ministeriums für die Einverleibung noch ausstehe, mache sich eine Neuwahl der ausscheidenden Gemeinderatsmitglieder notwendig. Diese sei für den 15. Dezember ausgeschrieben. Aus der dritten Klasse scheiden aus: Genosse Schüller und Herr Edelbaum, sowie Genosse Hartung als Erfahmann. In der vierten Klasse scheidet der Erfahmann Genosse Meyer aus. Als neue Kandidaten wurden aufgestellt die Genossen Schüller und Hartung sowie Genosse Moritz Stürz als Erfahmann der dritten Klasse, Genosse Auhner als Erfahmann der vierten Klasse. Die Wählerlisten liegen vom 18. November bis zum 2. Dezember im Rathaus aus. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, sich zu überzeugen, ob er auch in der Liste aufgezeichnet ist. Wer nicht in der Liste steht, geht seines Wahlrechts verlustig. Nach einer unentschließlichen Debatte schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung mit der Aufforderung, sich der politischen Organisation anzuschließen und die Leipziger Volkszeitung zu abonnieren.

Engelsdorf. In der Gemeinderatswahl am 15. November wurde beschlossen, für nächstes Jahr die Paunsdorfer, Althener, und Paasdorfer Straße einzubauen. — In diesem Jahre vorgenommene Kostenrechnung für Pfostenreinigung zweier ausländischen, bei den Firmen Odero und Schaaf beschäftigten Arbeiter haben der Gemeinde 670.000 M. Kosten verursacht. Nach Rückvergütung von 215.20 M. von der Krankenkasse sind noch 454.80 M. zu decken. Da die beiden Firmen unterlassen hatten, die betreffenden Arbeiter rechtzeitig zum Impfen anzumelden, werden sie zur Zahlung der Kosten angehalten. — Der Gemeindevorstand a. D. Steinhardt empfiehlt sich als Fassenvorktor. Da die Gemeinde beabsichtigt, sich dem Fassenvorktorverband anzuschließen, wurde davon abgelehnt. — Die vom Rat der Stadt Leipzig eingegangene Kostenrechnung für Klärung und Rettung der Schleusenwasser beträgt für dieses Jahr 60.000 M. — Das Gesuch der Baugegenossenschaft für Eisenbahnbudenfeile um Beistrichreinigung der Schanklizenzen für Hahn wurde, nachdem es in der letzten Sitzung abgelehnt wurde, mit 8 gegen 3 Stimmen befürwortet. Zur Bedingung wurde mit angegeben, daß die Bierpreise nicht niedriger sein sollen, wie in anderen Gastwirtschaften des Ortes. — Dem Gesuch der Landgemeinde in der Amtshauptmannschaft Leipzig an das Ministerium des Innern, bei Einverleibung der Vororte Leutzsch, Moskau und Schönesfeld die Bedingung mit aufzustellen, für auswärtige Schüler in den höheren Schulen in Leipzig gleiche Schulgeldsätze einzuführen, wurde einstimmig zugestimmt. — Über das freie Herumlaufen der Hunde, das in letzter Zeit übermäßig angewachsen hat, wurde beschlossen, die Polizeiverordnung vom 25. Februar 1907 strenger zu handhaben. — Wenn im allgemeinen im Orte die Einnahme der Steuern ebenfalls restlos war, so hat sich das in letzter Zeit sehr geändert. Vom Gemeindevorstand wurde Klage geführt, daß jetzt eine große Anzahl böswilliger Steuerzahler vorhanden seien. Es wurde deshalb ein Regulativ über die Ausfälschung lärmiger Abgabenpflichtiger von öffentlichen Vergnügungsstätten, Schankstätten usw. vorgelegt und beraten. Das Regulativ wurde gegen die beiden Stimmen unserer Vertreter angenommen. — Mit den Registrator-Nicchis soll um die Protokollbefugnis bei der Amtshauptmannschaft nachgefragt werden. — Mit Ende dieses Jahres scheiden aus dem Gemeinderat aus der 1. Klasse der Ansäßigen mit 21 Wählern die Herren Baumüller, Günther als Ausschüpperson sowie Gutsbesitzer O. Mattheis und Rentier A. Scheffler als Stellvertreter aus. Aus der 3. Klasse der Ansäßigen mit 19 Wählern scheiden aus die Herren Willi, Höhne, Franz Höhne als Ausschüppersonen und Ernst Scheibe als Erfahmann. Aus der 1. Klasse der Unansäßigen mit 48 Wählern scheiden aus die Herren Werkmeister O. Jahn als Ausschüpperson und Bahnassistent O. Müller als Erfahmann. Die Wahlen finden statt am Freitag, den 18. Dezember, nachmittags von 5 bis 8 Uhr im Gasthof. Die Wählerlisten liegen bis zum 9. Dezember im Gemeindevorstand aus.

Thella. Achtung, Gemeinderatswähler! Die Einspruchsfest gegen die Wählerliste ist nun verstrichen. Neben der Verhältnisse in unserer Gemeinde geben folgende Angaben Aufschluß. Von rund 1000 Einwohnern besitzen 413 das Reichstagswahlrecht. Davon stimmten am 12. Januar 1912 279 für den Sozialdemokraten und 108 für die bürgerlichen Kandidaten. Die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl weisen 263 Wähler auf, davon 177 Unansäßige und 86 Ansäßige. Die Verteilung auf die einzelnen Klassen ist folgende. Ansäßige: Die erste Klasse (27 Wähler) stellt 5 Vertreter, die zweite Klasse (46 Wähler) stellt 3 Vertreter, die dritte Klasse (113 Wähler) stellt 1 Vertreter. Unansäßige: die vierte Klasse (52 Wähler) stellt 1 Vertreter, die fünfte Klasse (127 Wähler) stellt 2 Vertreter. Die vierte Klasse hat gegen 1910 einen Wählerzuwachs von 20 Wählern, während die übrigen Klassen annähernd dieselbe Störke aufweisen. Also 150 Reichstagswähler dürfen zum Gemeinderat nicht mitwählen, wie obige Zahlen ergeben, weil sie zum größten Teil die sächsische Staatsangehörigkeit noch nicht besitzen. Da voraussichtlich im Februar nächsten Jahres eine Neuwahl des gesamten Gemeinderats stattfindet, ist es unbedingt notwendig, daß Verfaulte unverzüglich nachzuholen. Behilflich hierbei sind die Genossen Ernst Voigt und O. Kögel. Nächsten Sonnabend wird sich eine öffentliche Versammlung mit den Gemeindeverhältnissen beschäftigen.

Billig! — Achtung! — Billig!
Moritzhalle, Galerie Stand 145

Frisch eingetroffen!
Freitag und Sonnabend verkaufe ich wieder eine Sendung meiner bekannten hochfeinen Hafermast-Gänse für den billigen Preis: 75 Pf. das Pfund. — Auch geteilt billig! Geber, Gänselfest, jetzt ganz billig.

Marie Klemm. Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Richard Müller

Eisenbahnstraße 40, Anklumstraße 6 empfohlen Pa. starke, frischgeschossene

gestreift gepökelt billiger

Auch geteilt.

Bestellnachrichten nach auswärts bei 5 Pf. Abnahmefr. geg. Nachr.

Zugros. **Neumarkt 3** im Lager Junge Baten, Koch- und Brathühner.

Auch Einzel-Berkauf!

Wildhandl., Kolonadenstr. 27

Taucha. Die Ortskrankenkasse hielt am 17. November ihre diesjährige Haupt- und Generalversammlung im goldenen Löwen ab. In der Hauptversammlung, in der die Wahl von Vertretern für die Generalversammlung 1913 und 1914 vorgenommen wurde, ist die Liste des Gewerkschaftsvertreters einstimmig angenommen. Zur Generalversammlung waren 46 Vertreter anwesend, die 45 Stimmen abgaben, davon erhielten Genosse Räther 45, Genosse Schuster 44, Genosse Lingler 40 Stimmen. Alle drei Genossen sind somit gewählt. Außerdem erhielt Genosse Räther 1 Stimme; zwei Stimmen enthielten nur zwei Namen. Ein Antrag des Gesamtvorstandes, wonach die Kasse auch unter dem freien Strafentlassungsgesetz weiterbestehen soll wie bisher, wurde einstimmig angenommen.

Großdöben. Die Gemeinderatswahl finden für alle Klassen am Donnerstag, den 19. Dezember, im Gasthof zur goldenen Quelle statt, und zwar für die 1., 2. und 3. Klasse der Ansäßigen im Wahllokal I und für die 4. und 5. Klasse der Unansäßigen im Wahllokal II. Zu wählen sind für die 1., 2. und 3. Klasse je ein Vertreter und für die 4. und 5. Klasse je ein Erfahmann. Die Wählerlisten liegen vom 21. November bis zum 6. Dezember während der Expeditionszeit im Gemeindeamt aus. Etwaige Einsprüche gegen die Listen können bis zum 10. Dezember beim Gemeindevorstand erhoben werden.

Zudelhausen. Gemeinderatswähler! Am 9. und 10. Dezember findet die Gemeinderatswahl statt. Die Wähler der ersten und zweiten Klasse der Ansäßigen wählen je einen Vertreter und einen Erfahmann, die Wähler der ersten und zweiten Klasse der Unansäßigen einen Erfahmann. Die Wählerlisten liegen vom 16. November ab vierzehn Tage lang im Gemeindeamt aus.

Kötzschau. Achtung, Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern! Wie aus dem Inserat zu ersehen ist, veranstaltet die Gewerkschaftsstelle zu Markkleeberg diesen Sonnabend 1/2 Uhr in Altzschau eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Da die Tagesordnung auch für die hiesigen Gewerkschaftsmitglieder von Bedeutung ist, ist zahlreiche Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder von Vorteil. Die Wählervorstände der Gewerkschaftsstelle von Kötzschau, Schladebach und Ullmengen sind notwendig. Diejenigen, die an der Versammlung teilnehmen wollen, treffen sich 1/2 Uhr beim Genossen Schmelzer in Kötzschau.

Kötzschau. Wählerliste einsehen! Die Liste für die diesjährige Gemeinderatswahl liegt bis zum 5. Dezember im Gasthof Goldener Löwe zur Einsicht öffentlich aus. Es ist notwendig, daß sich jeder Wähler davon überzeugt, daß sein Name in der Liste verzeichnet steht. Denn nur derjenige darf wählen, dessen Name in der Liste aufgeführt ist. Einsprüche gegen die Wählervorliste sind bis zum 28. November, abends 8 Uhr, beim Gemeindevorstand Wählern gestellt zu machen. — Die Gemeinderatswahl findet am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Gasthof Goldener Löwe statt. In der ersten Klasse, zu der alle diejenigen ansäßigen Gemeindemitglieder gehören, deren Grundbesitz in Kötzschau mit mindestens 100 Grundsteuereinheiten belegt ist, sind zwei Ausschüppersonen und zwei Erfahmänner zu wählen. Ansäßige Gemeindemitglieder, deren Grundbesitz in Kötzschau mit weniger als 100 Grundsteuereinheiten belegt ist, sind zwei Ausschüppersonen und zwei Erfahmänner zu wählen. Die dritte Klasse wählt eine Ausschüpperson und einen Erfahmann. In der dritten Klasse gehören alle diejenigen unansäßigen Gemeindemitglieder, die ihren wesentlichen Wohnsitz mindestens zwei Jahre in Kötzschau haben und die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen. Unansäßige Wähler, deren Chefsfrauen Grundbesitz in Kötzschau haben, können in der entsprechenden Klasse der Ansäßigen für die Chefsfrau das Stimmrecht ausüben. Dann dürfen sie aber in der dritten Klasse nicht noch einmal wählen. Das Stimmrecht darf in solchem Falle nur einmal ausgeübt werden.

Ungeteilt



ist das Urteil der Raucher:

Jasmazzi-Dubee
2½ Pfg. Cigarette
m/m m/G
hält jeden Qualitätsrecord

Georg A. Jasmazzi Act.-Ges. Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik

Schuhwaren - Enghardt
Südplatz 2 Eingang Käfersch. Grosse Auswahl.

II. Pralines
Bld. 65 Pf. mit diversen Füllungen

Für Mutter Liebling
empfiehlt der Baby-Bazar

eine sämtl. Artl. t. grösst. Auswahl bei bill. Preisen.

Bettfedern u. fort. Bett. v. bill. u. best.

Paul Prinsky, Lindenau

Gandorfer Straße. 1977*

Wilde Kaninchen

frisch und billig.

Wildhandl., Kolonadenstr. 27

Wegen Geschäfts-Verkauf

enorme Preisherabsetzungen:

Ein Warenlager von ca. 1/2 Million

im Verkaufswert soll nach Möglichkeit bis zur Übergabe verkleinert werden. Die gewaltigen Einkaufsvorteile werden berechtigtes Aufsehen erregen. Es empfiehlt sich, diese nicht wiederkehrende Einkaufsgelegenheit wahrzunehmen und den Bedarf für das Weihnachtsfest im eigenen Interesse schon jetzt zutätigen.

Beginn:
Freitag früh 9 Uhr.

Gamins
soweit Vorrat 90,-

Samt-Formen
soweit Vorrat 1.65

Kind.-Hutform.
soweit Vorrat 65,-

Krimm.-Garnit.
soweit Vorrat 60,-

Plüschi-Gamins
soweit Vorrat 1.90

Kinder-Käppis
soweit Vorrat 40,-

Herabgesetzte Kleider- u. Seidenstoffe

ca. 3000 Mtr. Kleiderstoffe, bestehend aus: reinvollenen Cheviots, Popelines, 1:30 cm breiten Kostilstoffen, Blusenstoffen etc. etc.	Posten I 78,-
	Posten II 1.10
1 Posten Hauskleiderstoffe doppeltbreit . . . jetzt Mtr. 48,-	
1 Posten Kleider- u. Blusen-Barchente . . . jetzt Mtr. 38,-	
2 Post. Seidenstoffe, nur 90 u. 145,-	reine Seide, sonst bis 2.50, jetzt 90 u. 145,-

herabgesetzte Damen-Konfektion

1 Posten Damen-Ulster offen und geschlossen zu tragen, soweit Vorrat . . .	6.50
1 Posten Damen-Ulster sonstiger Preis weit höher, zum Aussuchen . . .	12.50
1 Posten Damen-Kostüme ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis . . .	16.50
1 Posten Damen-Kostüme teils bis 120 Mk., jetzt zum Aussuchen 85.00 85.00	35.00
1 Posten Damen-Kleider in den wunderbarsten Nacharten jetzt 35.00 22.00	12.50
1 Posten Damen-Blusen reine Wolle, gefüttert, soweit Vorrat . . .	1.90
1 Posten Damen-Schossblusen reine Wolle, gefüttert, zum Aussuchen . . .	2.90
1 Posten Samtblusen soweit Vorrat, zum Aussuchen . . .	3.90

Herabgesetzte Baumwollwaren

Hemdentuch, 70/72 cm breit jetzt Mtr. 18,-
Hemdentuch, 80 cm breit, starkfädig . . . Mtr. 26,-
Renforce, 80 cm breit, feinfädig . . . Mtr. 33,-
Renforce, ca. 82 cm, Ia. Qualität, f. bess. Leib- u. Bettwäsche Mtr. 42,-
Körper-Barchent, schneeweiss gebleicht, gut geraut, jetzt Mtr. 33,-
Körper-Barchent, rein geruppt, in geraut, vorzügl. Qual. Mtr. 45,-
Piqué-Barchent, feine Must. Mtr. 35,-
Dekbett- Kissenbreite
Stangenleinen, gute Qualität . . . Mtr. 68,-
Stangenleinen, Ia. Qual. Mtr. 95,-
Bett-Damaste, schöne Muster . . . Mtr. 85,-
Bett-Damaste, seiden-glänz. Qualität Mtr. 1.20
Bett-Inlett, rot u. rosa . . . Mtr. 68,-
Bett-Inlett, Ia. Qualität 95,-
Bunte Bettzeugte, waschecht . . . Mtr. 68,-
Bunte Bettkattune, neueste Muster 28,-

herabgesetzte Trikotagen:

1 Posten Normal-Hemden wollgemischt, z. Aussuchen 1.65 u. 95,-
1 Posten Normal-Hosen sonst weit höher, zum Aussuchen 1.10
1 Posten gefütt. Unter-Taillen 95,-
1 Posten gefütt. Herren-Hosen soweit Vorrat . . . 1.25

herabgesetzte Tisch- u. Küchenwäsche

Pers.-Krawatt. imit., soweit Vorrat 1.75
Pelz-Stolas soweit Vorrat 4.90
Pelz-Kragen soweit Vorrat 12.05
Garnierte Hüte letzter Saison 3.75
Elegante Hüte soweit Vorrat 7.50
Strick-Mützen soweit Vorrat 68,-

herabgesetzte Damen-Wäsche:

Drei gewaltige Posten
Damen-Wäsche:
Posten I 1.10
Posten II 1.65
Posten III 1.95

1 Bestand teils feinster Luxus-Wäsche ohne Rücksicht auf den wirklichen Wert . . . jetzt 3.50	2.85
Ein Bestand Damen-Beinkleider ohne Rücks. auf fröh. Pr. 85,-	85,-
Ein Bestand Untertäillen soweit Vorrat jetzt 95,- u. 45,-	45,-
Ein Bestand Tänd.-Trägerschürz. 58,- sonst weit höher, jetzt St. 1.25	58,-
Ein Bestand Blusen-Schürzen sonst weit höher, jetzt St. 1.25	1.25

Seiden- und Spitzen-Blusen, Kostüm-Röcke etc. fabelhaft billig.

herabgesetzte Strümpfe:

Damen-Strümpfe, Wolle, platt . . .	Paar 58,-
Damen-Strümpfe, reine Wolle, englisch lang . . .	Paar 68,-
Herren-Socken, reine Wolle . . .	Paar 48,-
Herren-Socken, Wolle platt . . .	Paar 35,-
Kinder-Strümpfe, soweit Vorrat . . .	Paar 25,-

herabgesetzte Herren-Artikel:

Stehkringen, div. Gröss. Stück 10,-
Serviteur, weiß, soweit Vorrat Stück 25,-
Farbige Garnituren, soweit Vorrat . . . Stück 48,-
Mauschellen, weiß u. l. gr. Paar 28,-
Krawatten, sow. Vorrat Stück 25,-

Enorm billige Haushaltwaren

Steingut

Teller, weiß, glatt . . .	8 6 4,-
Teller, weiß, geruppt . . .	9 7 5,-
Teller, Zwiebelmuster . . .	10 8 6,-
Kaffebecher, weiß, bunt . . .	10 8 6,-
Milchbüffle, bunt . . .	12 10 8,-
Satz Schüsseln, 7-teilig, sortiert 85,-	
Satz Schüsseln, 4-teil., weiß, bunt 35,-	
Genussbonnen, Zwiebelmuster 33,-	
Saucierchen, Zwiebelmuster 35, weiß 28,-	
Waschküppel, gr., sonst b. 2,- jetzt 50,-	
Gewürztünnchen, bunt . . .	8,-
Kartoffel-Näpfle 21 cm gross . . .	18,-
Kompottschüssel, weiß, rund . . .	5,-
Karlsbader Kaffee-Maschine . . .	95,-
Böhmisches Kaffebecher, gewürf. 10 8,-	
Sparbüchsen, Pilze, Früchte etc. . .	8,-
Heringskästen, gross . . .	90,-
Nachtgeschirre, bunt 35,- weiß 25,-	
Bratenplatte mit bunter Kante 85,-	
Salz- oder Mehlwesten, bunt . . .	35,-
Salz- od. Mehlwesten m. Holzwand 45,-	

Porzellan

Dejeuners, 5-teilig, dekoriert 1.10 90,-	7,-
Kaffee-Service, 9-teil., dekor. 2.75 2.25	8 6 4,-
Tassen mit Untertasse, stark 22 20,-	8 6 4,-
Tassen mit Untertasse, weiß, Ia. 15,-	15,-
Tassen mit Goldrand, Ia.	20,-
Tassen, fl. dekoriert	25 15 10,-
Kaffeekanne, fl. dekoriert	20 15,-
Kaffeekanne, extra gross 1.10 75,-	12,-
Uebernierskanne, dekoriert	25,-
Grase dekorierte Kaffeekannen 48,-	28,-
5 Grüssen Salatiere, dekoriert 85,-	35,-
Milchkrüge, fl. dekoriert	25 20,-
Satz Töpfe, 6 Stück, dekoriert	90,-
Speiseteller, Feston, tief u. flach 15,-	95,-
Spieleteller mit Goldrand 45 20,-	75,-
Grog-Gläser, extra stark	18 16,-

Glas

Bierbecher mit Goldrand	7,-
Wassergläser	8 6 4,-
Diamantglas-Küchenteller	8 6 4,-
Wasserkrüge, ca. 2 Liter	38,-
Bierpokale mit Goldrand	28,-
Weingläser „Mathilde“	12,-
Weingläser, goulli, Kante	35,-
Bier-Service, 7-teilig, antik	95,-
Bier-Service, bunt dekoriert	145,-
Sturzflaschen mit Glas	42 16,-
Diamantglas-Schlüssel	20 15 10,-
Likör-Service, Diamantglas	90,-
Fruchtschalen, gross, mit Fuss	75,-
Grog-Gläser, extra stark	18 16,-

Restposten engl. Geegeschirr, imitiert, fabelhaft billig

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. November.

Geschichtsalender. 21. November 1804: Voltaire in Paris geboren († 1778). 1768: Der Theolog Friedrich Schleiermacher in Breslau geboren († 1834). 1806: Napoleon verfügt von Berlin aus die Kontinentalsperre. 1811: Der Dichter Heinrich v. Kleist am Wannsee bei Potsdam gestorben (* 1777). 1886: Der Literaturhistoriker Johannes Scherr in Zürich gestorben (* 1817).

Sonnenaufgang: 7,34, Sonnenuntergang 3,57.
Monduntergang: 3,21 vorm., Mondaufgang: 2,31 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. November.
Westwinde, wolzig, milde, zeitweise Niederschlag.

Die Statistik auf der Internationalen Bauausstellung.

Um der Bedeutung der statistischen Materialsammlung im Bereich des Baufaches gebührend Ausdruck zu geben, ist auch der Statistik auf der Internationalen Bauausstellung Raum gewährt worden. Die Arbeiten der Gruppe „Statistik“ richten sich einmal auf die sogenannte Ingenieurstatistik, dann auf die volkswirtschaftliche Statistik. Die Ingenieurstatistik, die dem Hochbau und dem Tiefbau und noch mehr dem Städtebau gilt, wird von einem besonderen Ingenieurbüro unter Mitberatung führender statistischer Fachmänner ausgeführt. Die volkswirtschaftliche Statistik ist überwiegend den Statistikern von Fach überwiesen, die sich für diesen Zweck zusammengefunden haben. Unter Mitwirkung von Vertretern der andern Gruppen der Ausstellung ist hier ein Arbeitsprogramm aufgestellt worden, das sich auf folgendes Gebiet erstreckt: 1. die Grundbesitzstatistik, 2. die Grundbesitzwechselstatistik, 3. die Baustatistik, 4. die Wohnungsstatistik, 5. die Bevölkerungsstatistik, 6. die Verkehrsstatistik, 7. die Sozialstatistik für das Baugewerbe, 8. die Baufinanzstatistik.

Die Baustatistik gilt den Neubauten aller Art, den Ans-, Ums- und Aufbauten, die als Veränderungsbauten zusammengefaßt werden können. In der Wohnungsstatistik soll mehr die Konsumtion der Bauobjekte behandelt werden, wozu die Bevölkerungsstatistik nicht unwesentliche Beiträge liefern soll, z. B. durch die Feststellung der durch Eheschließungen notwendigen neuen Wohnungen, der für den Zugang nötigen Neuwohnungen, der durch Fortzug freierwerdenden Wohnungen.

Die Verkehrsstatistik beschäftigt sich mit dem Personenverkehr, dem Wagen-, dem Güterverkehr; der Ausbau z. B. der Straßen und Straßenzügen wird durch die Kenntnis dieser Verhältnisse in die richtigen Wege geleitet.

Aus der Baustatistik soll die geistige Entwicklung des Baugewerbes in seinem Umfange, in seiner Verteilung, in seiner Betriebsgröße näher gebracht werden. Daneben wird auch die Arbeiterstatistik für das Baugewerbe, der Beschäftigungsgrad, die Arbeitsvermittlung u. a. m. zu bearbeiten sein.

In einem besonderen Teile der Gruppe „Statistik“ wird den Fragen über die Geldbeschaffung im Baugewerbe, über die Kosten für Baubewilligung und Bauabnahme, der Bauaufsicht überhaupt, nachgegangen.

Im ganzen wird erwartet, daß durch die hier kurz geschilderte Arbeit in den acht Hauptabteilungen der Gruppe „Statistik“ eine für die Zukunft des Baufaches nützliche Übersicht entsteht. Es ist deshalb beschlossen worden, die Materialsammlungen für die Ausstellung in kurzgefaßten Übersichten zu veröffentlichen. Um dem Besucher der Ausstellung einen Einblick in die Lebensfragen volkswirtschaftlicher Art für das Baufach zu geben, werden mehrere hundert statistische Bilder und andre Graphiken diese Lebensfragen zeigen.

„Arbeitstage“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes.

er. Ein Ausbildungskellner wurde von einem Gastwirte regelmäßig an den Schläftagen der Woche, Montags und Donnerstags, beschäftigt und zur Krankenversicherung bei der Kassenkasse der Gastwirte Zinnung zu Leipzig angemeldet. In den übrigen Tagen der Woche verrichtete er Gelegenheitsarbeiten bei anderen Gastwirten. Nach seiner Erkrankung gewährte ihm die Kasse das Krankengeld nur für die Tage, für welche er für die Kasse als versicherungspflichtig gelte. Sie stützte sich hierbei auf § 8, Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes, in dem es heißt: „für jeden Arbeitstag“. Als Arbeitstage könne aber die Kasse nur die Tage in der Woche anerkennen, an denen der Kellner bei dem Unternehmer beschäftigt sei, der ihn bei der Kasse gemeldet habe. Der Kellner beanspruchte jedoch Krankengeld für die volle Woche und erlangte schließlich vor dem Oberverwaltungsgericht ein obiges Urteil. In den Entschließungsgründen heißt es u. a.:

Für die Beantwortung der Frage, was unter „Arbeitstag“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes zu verstehen sei, komme es darauf an, an welchen Tagen nach der allgemeinen Regel des Gewerbes, des Betriebes oder der Art der betreffenden Beschäftigung gearbeitet werde. Diese Auslegung habe aber auch für diejenigen Fälle zu gelten, in denen, wie hier, von dem Kassenmitgliedern nur an einzelnen Tagen der Woche Krankenversicherungspflichtige Arbeit ausgeübt werde, sei es nun, daß er an den anderen Wochenägten überhaupt nicht arbeite oder doch nicht in einer nach dem Krankenversicherungsgesetz versicherungspflichtigen Beschäftigung stehe. Demnach sei dem Kläger auch für solche Tage als „Arbeitstage“ im Sinne des angezogenen Paragraphen das Krankengeld zu zahlen, wie er ja auch für diese Tage seine Kassenbeiträge zu leisten habe. Dass im Gastronomiegewerbe an allen Tagen der Woche gearbeitet werde, unterliege außerdem keinem Zweifel, und es bestimme demgemäß auch das Kassenstatut, daß den Kassenmitgliedern für jeden Tag, einschließlich der Sonn- und Feiertage, Krankengeld zu gewähren sei. Anderseits sei aber auch die Beschäftigung eines Kellners, der der Kläger an zwei bestimmten Tagen in der Woche bei dem betreffenden Gastwirte oblag, eine solche, die nach der allgemeinen Regel des Vertrags an allen Tagen ausgelöst werde. In den erwähnten beiden Tagen der Woche habe der Kläger je 5-6 M. verdient, also an jedem dörfen Tag durchschnittlich 5,50 M. So mit habe nun das Verwaltungsgericht einen durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienst von 1,57 M. in der Woche berechnet, da im Gastronomiegewerbe auch an den Sonn- und Feiertagen gearbeitet werde, anderseits aber ein etwaiger Arbeitsverdienst aus nicht versicherungspflichtiger Gelegenheitsarbeit bei anderen Unternehmern überblicktigt bleiben müsse. Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts müsse jedoch bei Festlegung des durchschnittlichen Tagelohnes die Höhe des tatsächlich gezahlten Lohnes berücksichtigt werden. Der Kläger gehörte demnach in die erste Klasse. Hieran ändere der Umstand nichts, daß er bei dem Gastwirte keine täglich

Beschäftigung hatte, sondern dort nur an zwei Tagen in der Woche arbeitete. Denn wollte man für denartige Fälle der Berechnungsweise des Verwaltungsgerichts folgen, und demgemäß die den durchschnittlichen Tagelohn zugrunde zu legende Lohnhöhe selbst als einen Durchschnittsatz, nämlich unter Zugrundelegung derjenigen Tage, an denen der Betreffende keine Krankenversicherungspflichtige Beschäftigung ausübe, berechnen, so würde die Höhe des Krankengeldes und der Beiträge mit der wirklich entlohten Tätigkeit des Versicherten nicht in Einklang zu bringen sein. Es sollte aber die Höhe des Krankengeldes und der Beiträge der wirklich für den Tag bezahlten Entlohnung des betreffenden Arbeiters und damit auch seiner je nach der hoch oder niedrig entlohten Arbeitsleistung in der Regel gegebenen höheren oder niederen sozialen Stellung angepaßt sein.

Die Bahnhofsmission

Die kapitalistische Produktion löst alle überkommenen Familienbande auf. Vater, Mutter, Söhne und Töchter werden in den Strudel des Erwerbslebens gezogen. Die unerlässliche Siedlung nach billigen und willigen Arbeitskräften kennt keine Schranken. Der Nation, der Rasse oder des Geschlechts, aus allen Himmelsgegenden werden die billigen Arbeitskräfte in die großen Industriezentren geholt. Im jungen Alter, wenn die Söhne und Töchter der Besitzenden noch vorsichtig beschützt werden, müssen die Kinder der Besitzlosen selbstständig ihr Brot verdienen. Wenn sich in der Heimat dazu keine Gelegenheit findet, dann heißt es, hinzu in die Welt, ohne Macht auf die geistigen und körperlichen Gefahren, die den jungen Menschen umgeben, der ohne Bildung, ohne Geld, und oft genug ohne bestimmtes Ziel in die Welt wandern muß. So sind es wohl in erster Linie Proletarikinder, die auf den Eisenbahnen und Bahnhöfen den Gauner aller Art in die Hände fallen, die die Unserlichkeit und das Vertrauen ihrer Opfer mißbrauchen. Die Bahnhofsmission hat sich nun zur Aufgabe gestellt, die hilfe- und ratsuchenden Reisenden an den Bahnhöfen zu unterstützen, um sie noch Möglichkeit vor falschen Freunden zu bewahren. Über die Tätigkeit der Bahnhofsmission berichtete am Dienstag die Generaldirektorin des deutschen Bahnhofsdienstes, Dr. Kleinert aus Berlin. In einer Reihe von großen Städten geht man nach dem Bericht jetzt mehr und mehr dazu über, neben den freiwilligen Helfern solche berufsmäßig anzustellen. In Leipzig gibt es zurzeit zwei solche Helferinnen, eine dritte soll hinzukommen, sobald die Mittel dafür beschafft sind. Dr. Kleinert schilderte an einer Reihe von Beispielen die Art und die Notwendigkeit des Bahnhofsdienstes. Als Beweis für die Gefahren, die namentlich den jungen Mädchen und Frauen auf den Eisenbahnen drohen, erzählte die Mediatorin, daß auf der Eisenbahnstrecke zwischen Chicago und New York jährlich 17 000 Frauen und Mädchen spurlos verschwinden. Nach den Angaben der Mediatorin leistet auch die Bahnhofsmission wesentliche Dienste im Kampfe gegen den Mädchenhandel. Die Mediatorin betonte nachdrücklich, daß der Bahnhofsdiensst nicht ein Verein von Männern sei, sondern ernste soziale Arbeit leiste. Wir müssen wiederholen, was wir schon einmal über die Bahnhofsmission gesagt haben. Sofern sich die Leute in ihrer Art nützlich machen, wird man ihnen Anerkennung nicht versagen und Erfolg wünschen können. Sobald sie aber um Dinge klammern, die ihnen keinen liegen, hört ihr Verständnis auf. So konnte sich der Vester der Versammlung, Herr Pastor Pfingstel, nicht verteidigen, seine hohe Befriedigung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß in England ein Gesetz geschaffen sei, nach dem die Mädchenhändler bei dem ersten Vergessen dieser Art mit der Peitsche bestraft werden. Vielleicht, so meinte der Herr Pastor, diene diese Strafe doch zur Abschreckung. Daß die Peitsche ebenso brutal und barbarisch ist wie der Mädchenhandel, könnte schließlich auch ein Diener Gottes wissen.

Die Wahl der Erstklassigen. Am Dienstag haben die erstklassigen Bürger ihr 15faches Stimmenrecht ausgeübt und acht Vertreter und zwei Ersatzvertreter gewählt. Von 2308 Wahlberechtigten übten 1261, das sind 54,6 Prozent, ihr Stimmrecht aus. Die Liste der Natspartei erhält von 1205 bis 1221 Stimmen, die sozialdemokratische Kandidatenliste 20 Stimmen, und Proteststimmzettel wurden ebenfalls 20 Stück abgegeben. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist um 120 Proz. gestiegen, von 9 auf 20 Stimmen. Die Wahlbeteiligung ist auch in dieser Klasse schwächer als bei der Wahl vor zwei Jahren; sie betrug damals 68,4 Proz.

Um einen Überblick über die Wahlbeteiligung in allen drei Klassen zu geben, lassen wir nachstehende Zahlen folgen:

2. Klasse: Wahlberechtigt	39 096
Abgegebene Stimmen	24 663
Davon erhält:	
Die sozialdemokratische Liste	18 078
Handelskammerpartei	4 502
Liberale Protestler	1 004

Die Wahlbeteiligung betrug 64,2 Prozent.

2. Klasse: Wahlberechtigt	7087
Abgegebene Stimmen	4480
Davon erhält:	
Die Handelskammerpartei	4027
Die sozialdemokratische Liste	224
Liberale Protestler	223
Liste der Gastwirte	106

Die Wahlbeteiligung betrug 63 Prozent.

1. Klasse: Wahlberechtigt	2908
Abgegebene Stimmen	1301
Davon erhält:	
Die Natspartei	1212
Die sozialdemokratische Liste	20
Liberale Protestler	20

Die Wahlbeteiligung betrug 54,6 Prozent.

Die Volksfürsorge und die bestehenden Versicherungsgesellschaften. Die Gründung der Volksfürsorge wirkt im Versicherungsgewerbe ihre Schatten voraus. Die ersten Wirkungen sind überraschende. Die Versicherungsgesellschaft Victoria wird neuwohnt und -wohnt. Dies ist das, das bei der Aufnahme der Volksfürsorge die wohlwollende Neutralität der Gewerkschaften diesen Geschäftszweig gegenüber sehr wohl zu schätzen wußte, ist inzwischen mehr und mehr in die Methoden der Schafmacher versunken, als die Gewerkschaften ihrer eigenen Angestellten, insbesondere der Zentralverband der Handlungsgesellschaften, im Betriebe zu bedenken. Stärke heranwuchsen und zeigten, daß sie sich ihr Recht, als Gleichberechtigte mit der Betriebsverfassung zu verhandeln, nicht dauernd nehmen lassen würden. Jedoch sucht die Direktion der Victoria bisher ihren Schafmacherschen Praktiken stets noch ein Mäntelchen umzuhängen. Auch das ist nun vorbei. Klar und deutlich erklärt die Direktion den Vertretern des Centralverbandes der Handlungsgesellschaften, daß Victoria-Angestellte, deren Ansichten mit denen der Direktion im Widerspruch stehen, aus den Diensten der Victoria auszuschließen haben. Diese Wendung zeigt wohl deutlich, daß man die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft mit allen Kräften verhindern will, daß man glaubt, sie verbieten zu können. Diese Aktion der Victoria fällt zeitlich zusammen, und das ist sehr bezeichnend, mit außerordentlich niedrig stehenden Angriffssatzeln auf die Idee der Volksfürsorge, die heutige Nummer der Limannachrichten enthält dafür einen Beweis. Der Zusammenhang ist damit wohl gellert: Die Victoria hat vom Proletariat nichts mehr zu hoffen, weil dies nach Begründung der Volksfürsorge bei der Victoria keine Volksversicherungen mehr abschließt, damit erfüllt für sie der legitime Grund, auch nur

scheinbar auf die Ansichten des Proletariats noch Mächtigkeit zu nehmen, und so versucht sie durch Entlassung der wenigen ihr bekannten Händler der Gewerkschaftsbewegung die Organisation zu vernichten. Es wird ihr nicht gelingen; hinter jedem, den sie macht, stehen Hunderter, die mit zusammengebissenen Zähnen sich innerlich das Wort geben, auszuhalten und trotz allem und allem der Organisation der Angestellten die Stellung der industriellen Verbände zu erkämpfen. Aber sich selbst wird die Victoria mit ihrer Taktik schwer schädigen, denn daran zweifeln wir nicht, daß die Victoria nicht nur in den Kreisen der Industriearbeiter ihre Rolle ausgespielt hat, sondern daß auch viele Kreise von Privatangestellten der Victoria von dem Augenblick an als Versicherungskandidaten verloren gehen werden, wo diese Vorgänge einer breiten Öffentlichkeit unterbreitet werden.

von der BUGA. Die Reichsbruderschaft und das Reichspostmuseum haben ihre Beteiligung an der Ausstellung zugesagt. Beide Verwaltungen werden Sonderausstellungen veranstalten. Außerdem haben bis jetzt schon etwa 15 deutsche Großstädte ihre Beteiligung an der Ausstellung bestimmt in Aussicht gestellt.

Auch das Ausland legt mehr und mehr Interesse für die Ausstellung an den Tag und kündigt seine Beteiligung an. So hat die Regierung von Argentinien dem Ausstellungsbüro direktorium mitgeteilt, daß sie die Einladung zu der Ausstellung angenommen habe und einen Delegierten zur Vertretung rechtzeitig ernennen werde.

Die Vorbereitungen zur Organisation einer schweizerischen Landesausstellung auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 sind von der Schweizerischen Centralstelle für das Ausstellungswesen in Zürich übernommen worden.

Die Rechte des Angeklagten im Strafverfahren. Wir werden gebeten, zu dem uns veröffentlichten Bericht über den Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Höller ergänzend zu bemerken, daß das Unterschreiben eines Protolls nicht grundsätzlich empfohlen werden kann, sondern die Vermehrung des Unterschreibens soll nur dann geschehen, wenn der Betreffende das Protoll nicht verstanden hat oder wenn es nicht klar ist, daß alles so darin steht, wie es gemeint war. — Das Beispiel aus der Praxis zur Bekämpfung des Kollusionsverbauchs wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei ist dem Königsberger Hochgerichtsprozeß entnommen.

Übertriebene Aufreitung. In einer heiligen Zeitung preist die Société Sargol in Paris kleinen Leuten das Mittel Sargol an. Nach dem Ergebnis einer vom heiligen Gesundheitsamt vorgenommenen chemischen Untersuchung ist Sargol nur ein Biokult mit wenig Kalzozas. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß mit einem derartigen Mittel Gewichtszunahmen von täglich $\frac{1}{2}$ bis 1 Pfund, wie in der Anzeige behauptet wird, nicht erzielt werden können. Es hat andern Nährmitteln durchaus nichts voraus, sofern es überhaupt wegen seiner kleinen Form als solches bezeichnet werden kann.

Den Ausstellungskursen im Nordbezirk zur Kenntnis, daß der am Mittwoch ausgefallene Vortrag am Sonntag vormittag von 7 bis 10 Uhr abgehalten wird.

Unfall. Am Dienstag vormittag fiel ein bei den Auschauungen an der Kaiser-Augusta-Straße beschäftigter 58 Jahre alter Arbeiter in eine zwei Meter tiefe Ausgrabung und erlitt bei dem Sturz anscheinend eine Verlaugung der Wirbelsäule. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus übergebracht.

Von einem Auto umgerissen. Auf dem Königplatz wurde vorgestern die in Wahren, Königstraße 28, wohnende Frau Henriette Wagner von einem Kraftwagen umgerissen, wobei sie anscheinend mehrere Knochenbrüche erlitten hat. Die Frau wurde zunächst zur Sanitätswache und sodann in das Krankenhaus gebracht. Der Name des Kraftwagenführers ist festgestellt worden.

Gewarnt wird vor einem Schwudlerskonsortium, das namentlich unter Landwirten seine Opfer sucht. Die Schwudler machen zunächst, wie sie sagen, für eine Gewerbe- und Industrieausstellung in Chemnitz photographische Aufnahmen und überreden bei solchen Gelegenheiten die Leute zur Bestellung eines Gemäldes, wobei sie sich 5 bis 50 M. anzuholen lassen. Der Versteller erhält nach einer Zeit ein wertloses Mäppchen, das mit 4 bis 5 M. bezahlt wäre. Die „Gemälde“ werden von einer Steglitzer Firma fabrikmäßig hergestellt. Es gehören dem Konsortium, soulet bis jetzt festgestellt werden konnte, die Maler Fritz Sage, Egon Nielson, Andreas Ruhau sowie ein Reisender Simon oder Siegfried Schilling an. Die Kunstritter benutzen einen Kraftwagen mit dem Kennzeichen III 1021 sowie ein Motorrad mit dem Kennzeichen I M 5129. Doch Jahren sie ohne Führerschein. Sollten die genannten hier auftauchen, so soll ihre Festnahme veranlaßt werden.

Eigentümer gesucht. In einem Grundstück der Sternwarte hat ein unbekannter unter verdächtigen Umständen einen Sac Kartoffeln zurückgelassen. Der Eigentümer soll sich melden.

Feuer. Durch Spielen mit Streichhölzchen wurde von einem 11jährigen Knaben im Hause Merseburger Straße 14 ein Gardeisenbrand veranlaßt, der aber durch die Bewohner selbst gelöscht wurde, so daß die ausgerückte Feuerwehr nicht in Tätigkeit trat.

Ein Prügelheld. Wegen groblicher Misshandlung seines Angehörigen und Kindes in der Wohnung wurde vorgestern ein in der Friedrichstraße wohnender 38 Jahre alter Arbeiter der Polizei zugeführt.

Ein dreister Fahreröderdieb. Ein 18jähriger Fleischerlehrling wurde in einer Schule des Nordviertels dabei beobachtet, als er sich in verdächtiger Weise an den eingestellten Rädern der Schiller bemerkbar machte. Da dort bereits sieben Räder gestohlen wurden sind, wurde der Bursche der Polizei übergeben, wo er die Entwendung der Räder einräumte. Einige Personen werden sich deshalb verantworten haben, weil sie dem Dieb als Gehilfen gedient haben.

Als Einmietiederb die war ein bereits 15mal kriminell vorbestrafter, erst 28 Jahre alter Arbeiter aus L-Wolmarndorf neuerdings wieder aufgetreten. Der unverbesserliche Dieb ist jetzt wieder verhaftet worden. Nachgeprägt ist, daß der Dieb auswärts Militäraparole gestohlen hat. Diese sind aber nicht bei ihm vorgefundene worden. Wahrscheinlich hat er sie in der Zeit vom 10. bis 16. November in einer Wohnung zurückgelassen. Die Wirtleute sollen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Ein Nebeniederb wurde in einem 25 Jahre alten Markt- heller aus Schrebi ermittelt und verhaftet, nachdem er aus einer Wirtschaft des Südviertels einen Ustler und einen Hut entwendet hatte. Die Sachen konnten wieder herbeigeschafft werden.

Die Stühle. Gestohlen wurde aus einem Barberoberbaum im Südviertel ein schwarzes Opernglas mit schwarzen, innen mit blauer Seide ausgestattetem Federhalter. Es wird vor Auktions gewarnt.

Ein runder Kerzenstumpf im Wert von 200 M. ist einem Kleiderladen auf der Fahrt von Freiberg nach Chemnitz abhanden gekommen. Mitteilungen über den Verbleib können bei der hiesigen Kriminalpolizei angebracht werden.

Verhaftungen. In Halt genommen wurde ein 28jähriger Farmer aus Waldstett-Burbach, weil er seiner in L-Kleinmachnow wohnenden Geliebten einen größeren Geldbetrag gegeben hat.

</

Westend-Hallen

Theatervorstellungen.

Städtische Theater in Leipzig.

Neues Theater.

Donnerstag, den 21. November; abends 8 Uhr. Vorstellung (2. Sitzle, rot):

Zum ersten Male wiederholt:

Der Schneider von Malta.

Demokratische Oper in 3 Akten, Dichtung von Richard Schott.

Wahl von Walther Klemmblau.

Musikalische Leistung: Oberdirigent Otto Lohse.

Die Szene gelegt von Regisseur Marlow.

Der Komponist: Erich Kullberg. Hammer

und Albert Ringe.

Die Aufführung: Walter Hermann

Reiniger, Verhovs-

ko, eine vornehme

Muttererin: Marga Watz

Wolfsburg: Granacci.

Der Schwager: Max Klein

Philipp: Vilani.

Schneider: Karl Schröd

Kinella, seine Tochter: Ida

Loibl: Luise Gladkows

Die Gerechtigkeit: Emil Holler

Gepp: Soldat: Willi Schindeler

Merle, Gaetan: Jose Luis Durán

Panano: Emil Herdeking

Ein alter arabischer Schauspieler, ein Handelsmeister, ein Scherif

schäfer, ein arabischer Melonenhändler, Verkäufer, englische

Offiziere und Soldaten, italienische Männer, Frauen und Kinder,

Spanier des 16. Jahrhunderts.

Die Handlung spielt um die Mitte des vorherigen Jahrhunderts in

La Valletta auf der Insel Malta.

Aufzugsarrangement: Ballettmasterin Emma Grondona.

Boxen nach dem 1. und 2. Akt.

Eintritt 1,50 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende ungel. 10 Uhr. Kleine Übern.-Preise.

Spieldienst: Freitag: Marsch. Anfang 8 Uhr.

Alles Theater.

Donnerstag, den 21. November, abends 8 Uhr:

Volksfeind.

Schauspiel in 5 Akten von Henrik Ibsen. Nach der neuen deutschen

Belausgabe.

Leiter der Aufführung: Dr. Thomas Stodt.

mann: Bruno Decarli

Luise, ihre Tochter: Ida Klemm

Grill: Ida Voran

Nortens: Sophie Knatz, Achtung

Peter: Stodmann,

älterer Sohn des

Tollors, Stadtbot,

Direktor der Stadt:

Johann Diderot: Willi Waller

Korten: Willi, Sch-

ermüller, Frau

Hochmanns: Pleige.

Vater: Karl Hahn

Schindeldreßelbühne:

Wolsten: Eugen Löbel

Das Stück spielt in einer Altstadt im südlichen Norwegen und

zeigt der 1., 2. und 3. Akt bei Dr. Stodmann, der 2. Akt im Re-

gistroffbüro des Notabelen, der 4. Akt in einem Saal bei Horster,

Paula nach dem 2. Akt.

Eintritt 1,50 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. Kleine Preise.

Spieldienst: Freitag: Die fünf Frankfurter (Scheinkostüm).

Anfang 8 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Donnerstag, den 21. November, abends 8 Uhr:

Zum ersten Male:

Alt-Wien.

Operette in 3 Akten von Gustav Adelberg und Julius Wilhelm.

Musik nach Motiven von Josef Lanner.

Bühnenbearbeitung von Emil Stern.

Die Szene gefügt von Oberregisseur Karl

Grat Leopold: Linding.

Graf-Bauhafen: Karl Trautmann

Gräfin: Philomena: I.

Schweber: Emmi Nobora

Gemüths: Felicitas, der

Zofie: Marg. Kohner

Baron: E. Geesly: Lubin: Helene

Arthur: sein Freund: Alfr. Nöbler

Andreas: Johanna: Se-

ppomir: Stodel: dir.

geritter: Bröndsen:

haber: Cornelius Cornel

zini: Stodel: Dereke: Cornel

Wolfd. Ruhberger: Rudin: Hubert

Platter: Wirt vom

"Frauenhof"

im Theater: Arthur: Stedtlin:

Bruno: Zefar: Rud. Gasser

Burgs: Probstafas: Axel: Eisler

Grauer: Bauhüter: G. Selbiger

Tomini: Diener: Karl: Siepmann

Litt: Wien: Zeit: 1910.

Haufen nach dem 1. und 2. Akt.

Eintritt 1,50 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende ungel. 11 Uhr. Gewöhnl. Preise.

Spieldienst: Freitag: Zum ersten Male wiederholt: Alt-Wien.

Anfang 8 Uhr.

Battenberg

Täglich abends 8 Uhr: Künstler-Vorstellung.

Der rätselhafte Fremde.

Les Agouts | Geschw. Taubert | M. Mahlendorf

Albert Böhme in seinem Schlager-Repertoir.

Clown Barker. 5 Heraldos.

Pipifax und Panlo.

A. Picard „Die Einbrecher von Newyork“.

Billets-Vorverkauf: Frz. Stein, Markt, und im Restaurant Battenberg

Battenberg-Theater.

Hente: Abends 8 1/4 Uhr: Moderner Theaterabend. Das

Rätsel: Welt. Drama in 3 Akten von Karl M. Jacoby.

Morgen: Abends 8 1/4 Uhr: Die beiden Reichenmüller. Volk-

stück in 4 Akten von Anton Anz.

Krystall-Palast-Theater.

Das kolossale November-Programm.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnl. Preise. Dutzendkarten 5,50 M.

Alberthalle des Krystall-Palastes ELEKTRA

Einzige 2-Gastspiele der Elektro-Tournee

Auftritte von Else Lenbach - Rolf Gunold Mittwoch, 27.,

Dona., 28. Nov., 1910 Uhr. Billets i. Krystall, b. Politb., 1. Stud. Kast. Meisel.

Gewöhnliche Theaterpreise.

Panorama

Welt-Restaurant

Täglich große Konzerte.

In den schönen Räumen

Erstklassiger Billardspielsaal.

Leipzig-
Plagwitz

Nächsten
Freitag
des heiligen
Nachdem: **Grosses humoristisch. Konzert**
Eug.-Waldow-Ensemble
Nachdem: **Elite-Ball.** Anfang 8 Uhr.

Guter bürgerlicher Verkehr.
Beste Speisen u. Getränke.
Ergebnist lädt ein Gustav Büttner.

Zum alten Zillertal

Burgstrasse 14

Eröffnung nächster Tage!

Aufmachung noch nie dagegen. Küche hochfein wie früher

Tag und Nacht geöffnet :: Freikonzert bis 12 Uhr

Hagenbecks

grösste

[23430]

Indische Völkerschau

der Welt

150 Indier (Männer, Frauen u. Kinder)

in

Stadt Nürnberg am Bayrischen Bahnhof

Ununterbrochen geöffnet von vormittags 11 Uhr bis

abends 10 Uhr. Unbeschränkter Aufenthalt.

Eintritt 50 Pf., reservierte Plätze 1 Mk.

Kinder unter 12 Jahren und Militär vom Feldwebel

abwärts halbe Preise.

Medizinal- und Dessertweine

vorzüglicher Qualität, direkt

bezogen, empfiehlt zu billigen

Preisen [23450]

Franz Goldhorn, Milchhdlg.
Modelwitz.

Medizinal- und Dessertweine

vorzüglicher Qualität, direkt

bezogen, empfiehlt zu billigen

Preisen [23450]

Zigarren-Langer

neben dem

Volkshaus

TAUCHA

Toten-Sonntag im Goldenen Löwen:

Die Waffen nieder!

Der Vorverkauf der Billets hat begonnen bei Pötzl & Sohn, Dewitzer Strasse; Herm. Voigt, Barbier, Bismarckstrasse, und im Goldenen Löwen. 1. Platz 60 Pf., 2. Platz 40 Pf., an der Kasse jeder Platz 10 Pf. mehr.

Achtung! Brandis-Beucha. Achtung!

Toten-Sonntag: Theater im Parkschlösschen.

Der Strom.

Drama in 3 Akten von M. Halbe.

Vorzugskarten zu 40 Pf. im Konsumverein.

Gambrinus Lindenau

Odermannstr. 12

Bringe meine Tafelit, in empfahl. Erinnerung. — Freitag u. Sonnab.

Schweinstooken. Ch. Wawrzinek.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

101. Sitzung vom 10. November, mittags 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen nur einige

Petitionen.

Der Verginvalde August Beyer in Kesselsdorf und Geisenhofen bitten um Erhöhung ihrer Pension. Die Petition bleibt ohne Debatte antragsgemäß auf sich beruhen. — Dasselbe Schicksal teilt die Petition des pensionierten Rottenführers Hermann Robert Reiß in Nöhla um Wiederanstellung als Bahnarbeiter.

Es folgen verschiedene Petitionen, die eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen des Apothekenwesens anstreben. Das Votum der Deputation, die einstimmig den jetzigen Zustand als verbessernsgünstig erkannte, lautet, die Staatsregierung zu ersuchen, die gezielte Regelung des Apothekenwesens sobald als möglich herbeizuführen, die vorliegenden Petitionen ihr als Material hierzu zur Kenntnisnahme zu überreichen und die Beschwerde des approbierten Apothekers Kindermann in Hosterwitz, soweit sie sich auf das Automobilwesen bezieht, durch den auf die Petition des Gemeinderates zu Kleinschirna am 6. Mai 1912 gefassten Beschluss für erledigt zu erklären.

Abg. Schulte (Soz.): Es hat sich gezeigt, daß die verschiedenen Wünsche vom Standpunkt des privatkapitalistischen Erwerbs aus nur schwer zu regeln sind. Die widerstreitenden Interessen erschweren außerordentlich eine gesetzliche Regelung. Die Apotheker sind insosfern gehorsamlicher Aufbauung, als diejenigen, die approbiert sind, aber noch keine Koncession haben, eine Erleichterung der Konzessionierung wünschen, die andern aber, die im Besitz einer Konzession bereits sind, sich einer solchen Erleichterung widersetzen. Eine Neuregelung des Apothekenwesens ist aber schon im Interesse des Publikums und der Krankenkassen nötig. Auch die neue Reichsversicherungsordnung wird wesentlich dazu beitragen, den Bedarf an Arzneien zu erhöhen und damit die Rentabilität der Apotheken noch mehr zu steigern. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei der landesgesetzlichen Regelung die Frage der Kommunalisierung zum Ausdruck kommen muß. Die Gemeinden müssen in der Lage sein, eigene Apotheken zu unterhalten. Wir gehen dabei von dem Grundsatz aus, daß alle diejenigen Betriebe, die der Heilung und Pflege der Kranken und sonstigen humanen Zwecken dienen, der Prinzipielle Beurteilung entzogen werden müssen. (Schr richtig! bei den Soz.) Das ist der oberste Gesichtspunkt, von dem wir uns leiten lassen. Redner erachtet die Regierung, bei der künftigen Regelung des Apothekenwesens die Kommunalisierung der Apotheken mit ins Auge zu fassen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Bleher (nat.-lib.) ist der Ansicht, daß der Verwirklichung des Wunsches des Vorredners nichts entgegensteht. Die Überschüsse der Gemeindeapothen könnte man ohne weiteres den Krankenkassen überweisen.

Vizepräsident Fräsdorf (Soz.) kritisiert das Drängen der Apotheker nach Vereinigung der Medikamente, die nicht etwa in einer Vereinigung der Rohstoffe ihre Ursache habe, sondern in dem Preiswucher, der mit den Apotheken beim Wechsel getrieben werde. Um eine Verbesserung auf dem fraglichen Gebiet herbeizuführen, dazu wird es eines ganz energischen Eingriffs bedürfen. Man wird keine Mittel scheuen dürfen, um diese Gerechtsame abzulösen. Wenn wir die Volksgesundheit heben wollen, müssen wir zu staatlichen oder kommunalen Apotheken kommen und zur Subventionierung staatlich notleidender Apotheken und von Aeraten in gewissen Bezirken. Ganz dringend muß die Regierung aber, nach den Erfahrungen, die man mit der ärztlichen Ehrengerichtsbarkeit gemacht hat, erneut werden, den Wünschen der Apotheker nach einer Zwangsorganisation und einer Ehrengerichtsbarkeit nicht nachzugeben. Die Ehrengerichtsbarkeit übertragen auf materielle Dinge, muß notwendigerweise zum Unfuss führen. Bei der Neuordnung des Apothekenwesens sollten auch die Vertreter der Krankenkassen zugezogen werden.

Ministerialdirektor Dr. Altmann: Die Regierung ist zu einer Regelung des Apothekenwesens im Verordnungswege bereit. In welcher Richtung sich diese Regelung bewegen wird, vermag sie bei der Schwierigkeit der Materie heute auch noch nicht zu sagen. (Querufe: Das ist sehr bedauerlich!) Von einer Verstaatlichung des Apothekenwesens kann keine Rede sein, auch nicht von Errichtung von Gemeindeapothen. Eine andre Frage mag es dagegen sein, ob man etwa den Gemeinden freistellen will, sich um die Koncession einer Apotheke zu bewerben. Auf Grund des jetzt geltenden Rechts ist dies nicht möglich, da es nur Personalkoncessionen kennt. Was die gewünschte Standesorganisation anbetrifft, so kann man sich nicht verstellen, daß gewisse Vorkommissen in andern Kreisen es nicht leicht machen, mit einer ähnlichen Institution bei den Apothekern vorzugehen. Wenn der Vizepräsident Fräsdorf aber gezeigt habe, die ärztliche Ehrengerichtsordnung führe zum Unfuss, so müsse er gegen eine solche allgemeine Behauptung doch Verantwortung einlegen. Von jenen Vorkommissen abgesehen, hätte die ärztliche Ehrengerichtsbarkeit viel zur Disziplinierung und ethischen Erhaltung der Mitglieder des ärztlichen Standes beigetragen. (Bravo! rechts)

Abg. Nitschke (nat.-lib.): Die Lösung der Frage werde jedenfalls sehr schwierig sein. Die Reform sei nicht von heute auf morgen durchzuführen und müsse geschehen unter Schonung der in Frage kommenden Personen und deren wohlverworbenen Rechten.

Abg. Schreiber (konf.) erklärt im Namen seiner politischen Freunde, daß sie den Wünschen der Apotheker das lebhafte Interesse entgegenbringen. Zu bedauern sei nur, daß die Apotheker nicht unter sich einig sind. Man werde aber deren Wünsche gewissenhaft prüfen, sobald die Regierung mit einer Vorlage komme. Die Regierung dürfe aber nicht auf dem Verordnungswege geschehen, weil die Stände ein großes Interesse hätten, hierbei mitzuwirken. Die Frage der Gemeindeapothen sei so schwierigender Art, daß man

sich hierüber nicht sofort schlüssig machen könne. An und für sich seien seine Freunde aber gegen jeden Kommunismus.

Abg. Dr. Schanz (konf.): Warnet die Regierung vor der Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Apotheken. (Aha! bei den Soz.) Dazu würden ungeheure Summen Geldes nötig sein, von denen der Staat nicht wissen würde, wo er sie hinzunehmen solle.

Abg. Dr. Jöpke (nat.-lib.): Die Stimme aus unserem Lager, die sich für die Schaffung von Gemeindeapothen ausspricht, dürfte nur eine vereinzelte Stimme sein. Im allgemeinen ständen seine Parteifreunde auf dem Standpunkt, daß in der Umwandlung eines Privatgewerbebetriebes in einen Staats- oder Gemeindebetrieb keine wesentliche Verbesserung der Verhältnisse zu erwarten ist. Was und welche, sei eine gesunde Vernehrung der Apotheken.

Abg. Günther (Fortschr. Volksp.): Den Gedanken eines Staats- oder Gemeindeapothen-Monopols stehen auch wir ablehnend gegenüber. Etwas andres dürfte es vielleicht sein, ob sich der vom Ministerialdirektor Dr. Altmann ausgesprochene Gedanke, die Möglichkeit zu schaffen, daß sich Gemeinden um Apothekenkonzessionen bewerben können, nicht verwirklichen lassen könnte.

Nach weiterer Debatte, in der u. a. Vizepräsident Fräsdorf (Soz.) dem Ministerialdirektor Dr. Altmann erklärt, dieser habe seine Ausführungen über die ärztliche Ehrengerichtsbarkeit nicht verstanden, wird der Deputationsantrag zum Beschluss erhoben.

Abg. Günther (Fortschr. Volksp.): richtet hierauf an den Präsidenten noch die Anfrage, wann die von seiner Fraktion eingebrochenen Interpellationen über die Lehrermassregelungen und die Lebensmittelsteuerung zur Verhandlung gelangen werden.

Präsident Dr. Vogel erwidert, daß vom Ministerium des Innern überhaupt noch keine Mitteilung vorliege (Zurück hinsichtlich der Charakteristik), und der Kultusminister habe nur angezeigt, daß er gegenwärtig durch die Beratungen über das Volksschulgesetz und das Kirchen- und Schulsteuergesetz so sehr in Anspruch genommen sei, als daß er die Kultusministerium angehende Interpellation beantworten könne.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 10½ Uhr. Tagesordnung: Kirchen- und Schulsteuergesetz.

Gerichtsaal.

Schwurgericht.

Liebe und Sparkassenbuch, ideale und reale Werke, spielen eine Rolle bei dem Vergehen, dessen sich der 27jährige Musiker Albin Karl Ottomar Steinbach schuldig gemacht hatte. Er hatte ein Verhältnis mit einer Kellnerin angeknüpft und eine Heirat war das Ziel. Die Kellnerin scheint aber für die reale Seite der Angelegenheit mehr Interesse gehabt zu haben, als ihr Geliebter, der zwar nichts bezahlt, aber seiner Zukünftigen vorredete, er besitzt ein Sparkassenbuch mit 2500 M. Einlage. Darüber war die Kellnerin erfreut, sie wünschte aber das Sparkassenbuch einmal zu sehen. St. kannte sich nun bei einem Buchbinder ein Blüschchen, schrieb darauf: "Sparkassenbuch für Herrn Ottomar Steinbach" und machte auch entsprechende Einträge über eingezahlte Gelder. Dieses Buch zeigte er nun seiner Geliebten, die aber sofort erklärte, daß sie sich nicht verstellen lasse. Nunmehr bogte sich St. von seiner Schwester 2 M. hinzu, ging zur Sparkasse, legte 1 M. ein und erhielt nun ein echtes Sparkassenbuch. Dieses fälschte er, indem er vor die Eins eine Welt und hinter die Eins noch zwei Nullen schrieb, so daß es schien, als habe er eine Einlage von 2100 M. bewirkt. Aber die Kellnerin bemerkte auch diesen Schwund sofort und sagte ihrem Geliebten auf den Kopf zu, daß er das Buch gefälscht habe. Die Verlobung sollte aber trotzdem vor sich gehen. St. hatte aber kein Geld, um Klage laufen zu können. Er kam daher auf den Gedanken, einen Zigarettenhändler, bei dem er ab und zu seinen Bedarf deckte, um 20 M. anzupumpen, und ihm als Sicherheit das Sparkassenbuch an überlassen. Hierdurch ist nun der ganze Schwund bekannt geworden. Wegen Urkundenfälschung und Beitrags wurde St. unter Einrechnung einer ihm bereits wegen Unterstechung auferlegten Strafe unter Annahme mildender Umstände zu 6 Monaten 3 Wochen Gefängnis und 2 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Da der Verurteilte Sergeant gewesen ist, so wird er demnächst noch vom Kriegsgericht degradiert werden.

Sittlichkeitsverbrecher. Der 27 Jahre alte Geschäftsführer Joseph Radec aus Dramatisch, der außer wegen Diebstahl und Beitrags auch bereits wegen versuchter Notzucht mit 2 Jahren Zuchthaus bestraft ist, hatte sich abermals wegen eines Notzuchtverbrechens an einer Gutsbesitzerstochter zu verantworten. Er wurde nach geheimer gesetzlicher Verhandlung zu 4 Jahren Zuchthaus und 7 Jahren Ehrenverlust verurteilt.

Der "Anrufer" vor der Wurzener Polizeiwache. Vor den Geschworenen haben sich der 28 Jahre alte Arbeiter Paul Emil Baumann aus Wurzen, der 27 Jahre alte Zimmermann Karl Friedrich Blechner aus Rastatt, der 20 Jahre alte Arbeiter Friedrich Max Döring aus Wurzen, der 30 Jahre alte Austrichter Karl Hermann Graul aus Großschoppa, der 41 Jahre alte Schlosser Friedrich Wilhelm Huhule aus Wurzen, der 24 Jahre alte Arbeiter Alfred Müller aus Wurzen und der 25 Jahre alte Zimmermann Robert Wilhelm Pöhl aus Hermsdorf wegen Aufzehr zu verantworten. Es war in den frühen Morgenstunden des 22. Juni in der Gastwirtschaft zur Stadt May ein Mann verhaftet worden. Unter den Gästen verbreitete sich das Gericht, daß der Verhaftete ein Zimmermann und daß er wegen Bettelns verhaftet sei. Dies wollten die Leute nicht zulassen; es zogen vielleicht 30 Personen zur Polizeiwache hinter Markt und verlangten die Freilassung des Verhafteten. Die Angeklagten Blechner und Pöhl sind als Möddelführer angeklagt, weil sie in die Wache eingedrungen sind und die Herausgabe des Verhafteten verlangt haben sollen. Sie sind aus der Wache hinausgestellt worden und sollen dann draußen die Menge aufschehen haben. Es soll eine Biersflasche an das Fenster des Wachholzais geworfen worden sein, man hat aus Fenster ge-

wohnt und an die Tür gestoßen. Es ist gerufen worden: "Der muß heraus, sonst sterben wir die Wache. Wir gehen nicht eher fort!" Schuleute verloren Pöhl und Döring in die Wache hineinzuziehen, aber die Menge zog von hinten und befreite sie wieder. Auf der Wache ist von den Schuleuten einzelnen Angeklagten gesagt worden, daß der Verhaftete gar kein Zimmermann, sondern ein Schuhmacher sei, worauf aus der Menge gerufen wurde: "Und wenn es auch kein Kollege ist, heraus muß er!" Von den Angeklagten befinden sich Blechner, Pöhl und Graul in Untersuchungshaft. Der Angeklagte Müller verblieb jetzt eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren, die ihn wegen versuchter Notzucht anserlegt worden ist. (Die Verhandlung dauert fort.)

Vandgericht.

Schauspieler und Zuhälter. In einem Kino in Chemnitz hatte der 21 Jahre alte Schauspieler Alfred Morgen aus Rusterburg ein 18jähriges Mädchen kennengelernt und es bewogen, mit ihm nach Leipzig zu gehen. Hier hat er das Mädchen angehalten, sich zu prostituiieren. Sie führten gemeinsame Rasse. Dieses Verhältnis hat aber nur ganz kurze Zeit gedauert. Das Gericht verurteilte den jungen Menschen zu 4 Monaten Gefängnis.

Aud der honesten bürgerlichen Gesellschaft. Der Bucherprozeß gegen Exner und Genossen nimmt langsam seinen Fortgang durch Erörterung der einzelnen Darlehnfälle und Zeugenvernehmungen. Dieser Tage kam es auch vor, daß einer der Darlehnnehmner rücksichtlos anerkannte, daß er das Darlehen in einer Notlage gefüllt habe, weil er, ein Buchdruckereibesitzer, befürchten mußte, seinen Kredit zu verlieren. Er hatte ein Darlehen von nominell 3200 M. aufgenommen, aber nur 3000 M. erhalten, die 300 M. waren sofort als Vergütung angerechnet worden; außerdem waren für das nur für ein Vierteljahr gewährte Darlehen 8 Prozent Zinsen vereinbart. Die Angeklagten Exner und Reubert, die hierbei in Frage kamen, behaupteten, sie seien von dem Buchdruckereibesitzer hinterhinter Eicht gefüllt worden, indem dieser ihnen gesagt hätte, die pompöse Wohnungseinrichtung, die Maschinen usw. seien sein Eigentum und er werde eine Dame mit 50 000 M. Vermögen hertragen. Der Buchdruckereibesitzer habe ihnen weiter gesagt, er brauche das Geld nur zu geschäftlichen Zwecken und zur Repräsentation.

Schößengericht.

Ein "besserer" Herr. Am 24. August in den frühen Morgenstunden war einer Zeitungsträgerin auf der Neueren Hallischen Straße ihr mit Zeitungen beladen Kinderwagen mutwillig umgestoßen worden, so daß eine Anzahl Exemplare in den Schmutz fielen und unbrauchbar wurden. Diese Tat vollbracht zu haben, waren zwei Herren verdächtig, die die Nacht durchgezogen hatten. Ein Schuhmann wollte nun die Namen der Herren feststellen, worüber indes der eine von ihnen, der Ingenieur Ottomar Graef, so empört war, daß er den Schuhmann mit dem Titel: "Fayte" belegte und die Junge herausstreckte. Der geschädigte Zeitungsträger, die den Ingenieur in dessen Wohnung aufsuchte, um sich schadlos zu halten, wurde die Türe vor der Nase zugeschlagen. Der gebildete Herr wurde wegen Beleidigung des Schuhmanns zu 25 M. Geldstrafe verurteilt.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Gastronomie:

- Seelenholt I (Johannisthal 1): Rindfleisch.
- Seelenholt II (Zoologische 1): Wildgerichte mit Wildfleisch.
- Seelenholt III (Mönchstraße 24): Kartoffelküchen und Würzen mit Schweinefleisch.
- Seelenholt IV (Stiegallée): Kartoffelküchen und Würzen mit Schweinefleisch.
- Seelenholt V (Werner Str. 5): Röde und Meerrettich mit Wildfleisch.
- Seelenholt VI (Weck, Dürkheim Str. 1): Saucen-Kartoffelküchen mit Rindfleisch.
- Seelenholt VII (Walterstraße 1): Saute Kartoffelküchen mit Rindfleisch.
- Seelenholt VIII (Gießereistraße 10): Kartoffelküchen u. Würzen m. Schweinefleisch.

Erwerbt das Bürgerrecht.



Christbaumbehang kauft man nur im Thüringer Schokoladenhaus, Grimmaische Str., Ecke Augustusplatz und Wurzner Str. II; Eilenburg; Leipziger Str. 25; Torgau; Bäckerstr. 16.

Anerkannt billigste Bezugsquelle bei guter Qualität für Schokolade und Zuckerwaren.

Man beachte unsere Schaufenster-Ausstellung!

Die Pflege der Stimme

erweist sich immer mehr als ebenso notwendig wie diejenige der Hände und der Zähne. Unter allen Mitteln, die eine klare freie Stimme schaffen, wohltuend auf Nieren und Hals wirken, üben Geruch aus dem Mund nehmen, das heißt heines nur annähernd so verbreitet und behauptet als die in ihrer Wirkung unvergleichlichen Wybert-Tabletten. Sie gehören zum ehemaligen Bestande jedes Haushaltes, wie Seife und Zahnpulpa. Die lange ausreichende Schachtel kostet in allen Apotheken und Drogerien 1 Mark.



Frisches Obst und Gemüse
Amerikanische Tafeläpfel . Pfund 35,-
Goldparmänen . Pfund 15,-
Rotkraut . Kopf 12,-
Rosenkohl . Pfund 18,-
Mandarinen . 25-Stück-Kiste 1,20
Kranzfeigen im Kranz . Pfund 28,-
Neue Walnüsse . Pfund 43,-
Neue siz. Haselnüsse . Pfund 45,-
Extrastarkre Waldhasen gestrk. Stek. 3,90
Brathähnchen . 1,05

Apfelsinen Dutzend 38,-
Feinste Schleibücklinge . 5 Stück Kiste 50 Stück 1,40,-
Sprotten Kiste 1½ Pfd. 90,-
Schweinsknochen Pfnd. 32,-
Pökelfleisch Pfnd. 90,-

Seefische

Schellfisch Pfund 29 25 20,-
Kabeljau Pfund 22 20,-
Seelachs Pfund 22 19,-
Goldbarsch Pfund 25,-
Seeaal Pfund 24,-
Lengfisch Pfund 24,-
Schollen, Rotzunge Pfund 30,-
Grüne Heringe Pfund 15,-
Lebende Karpfen Pfund 82,-
Lebende Hechte Pfund 90,-
Lebende Schleien Pfund 1,35

Centrale für Herren- und Knabenbekleidung, G. m. b. H.
Verkauf mit nur 10 Prozent Nutzen
Nördlingerstr. 7 Plagwitz
Ecke Johannisgasse, Zschöchersche Str. 36.

Apotheken

Friedens-Apotheke

am Plagwitzer Straßenbahn-Depot
Carl-Heine-Straße 66, Ecke Gutsmuthsstr.
Homöopathische Central-Apotheke
Dr. Wilmar Schwabe, Leipzig,
Querstraße 5. Telefon 31.

Hubertus-Apotheke Leipzig-Anger

Ecke Zweinaundorfer- u. Martinstr.

Kronen-Apotheke

Gohliserstr. 54.

Linden-Apotheke

Weststraße 41.

Marien-Apotheke Schützenstr. am Krystallpalast

Mazdaznan "Hygiene"
Prom.-Str. 15

Mohren-Apotheke

Spez.: Gicht, Rheuma.

Ost-Apotheke, L.-Reudnitz, Wurznerstr. 1.

Ranstädt.-Apotheke, Leipzig-Ranstädt-Steinweg 27.

Richard Krausse,

Fernspr. 2723. Cogn. 1875.

Roland-Apotheke, R.-Vorstadt 60

Salomonis-Apotheke, Grumannische-Str. 17.

Lieferant aller Krankenkassen.

Sedan-Apotheke Leipzig-Gohlis.

Johingerstr. Ecke Friedr.-Karlstr.

Körner-Apotheke Paul Wild, L. Kl.-Zschöcher.

Sophien-Apotheke

Plagwitz, gegenüber Felsenkeller.

Badeanstalten

Marien-Bad Eisenbahnstr. 66.

Konradstr. 25.

Schwimm-Bassin - Waasen-Dampfbad.

Helios Institut für

elekt. Bilder. Dorotheenpl. 2.

Licht- & Kurbad Tel. 13934.

Roßstr. 11, plz.

Bäckereien, Konditoreien

E. Becker, Go., Joh. 8. v. 1. bis 19. 15.

Alfred Beyer, Co., Bornaisch. Str. 87.

Frdr. Böhme, Tha., Reitzenstr. 20.

Anton Büttner, Kochstr. 15.

A. Clivens, Ecke Zweinaundorferstr. 61a.

Karl Glaser, Albertinenstr. 9.

A. Göller, Obera. Mühlstr. 9.

Otto Horst, Kizach, Dieskaustr. 101.

W. Kahlitzsch, Bühl-Ehrb., Südst. 34.

Röhl, Klara, Elisabethstr. 11.

Aug. Kruzeinsky, Bernhardstr. 20.

Bruno Lange, Moritzburgerstr. 70.

H. Lischke, Döhlitz, Giebelstr. 1.

Paul Nesser, Marinest. 46.

R. Müller, Lind., Gundorfstr. 39.

Rudolf Vogelgesang, Baumsteinerstr. 11.

Rich. von der Weth, Le., Konradstr. 14.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

Arnold, vorm. Fuchs, Bogislawstr. 28

Bretschneider, Co., Berndstr. 35.

Adolf Koch, Mühlstraße 6.

August Meckel, Wurznerstr. 41.

Mathäikirchhof 28.

Li., Odermannstr. 10.

Vo., Konradstr. 41.

Zschöchersche Str., Li.

Ltz. St. 45, Kön. St. 35

M. Verbeck, Kirchstr. 42.

Bettfedern, Betten, Reinigung

Louis Köttsch, Co., Pegauerstr. 30.

H. Oldig, Südst. 2.

A. Petriod, Li., Birkenstr. 12.

W. Schmidt, Co., Pegauerstr. 18.

J.C. Schwartz, Brühl 50, Gg. 179.

Bildereinrahmungen

Friedr. Fränkel, Elisabethstr. 8.

Bruno Moyer, Dresdenstr. 36.

Eisenbahn-

Emil Theile, str. 2.

Blumen u. Kräuter

A. Burckhardt, vorm. E. Thom, U. Marktstr. 8.

Carl Frese, El.-Oberbahnstr. 24.

Brauerien, Bierlandl.

Ermisch's Kronen-Biere

E. A. Dürlich

Halleche Aktien-Bierbrauerei

Halle a. S. Telefon 5000.

C. Schubert, Pfr. u. Flüh. Sdp. 5

B. Hübler, Brauerei, Taucha

Dampfbrauerei Zwenkau A. G.

Zwenkau.

J. Polkämper, Eutritzschen empfiehlt

seine aus best. Malz u. Hopfen gebr. Biere

Erscheint 3 mal wöchentlich

Priketts, Kohlen.

Böttcher Kochstr. 55/70,
vielp. 8. Tel. 1131

Ernst Josephinenstr. 31.

Elysehu G. m. b. H. Gb.

F. Freib., Co., Pfeffingerstr.

Ferd. Grünau, N., Tauchner Str.

Anna Hall, Lind., Odermannstr. 1.

Julius Hill, Co., am Bahnhof.

Emil Körner, Eu., Thoresenstr. 55.

J. Lipp, Sili., Schützenhauserstr. 18.

O. Müller, Joths. Inst. Inst. 12, fmp. 1014.

C. Pannicke, Nölg, L., Aurelienstr. 29.

P. Pannicke, Volk., Rabat. 31.

Herma Reinhart, Lind., Reuterstr. 40.

Ernst Riedel, Lind., Markt 15.

H. Scheider, Beck, Reitzenstr. 89.

Max Schramm, Go., St. Privatstr. 16.

W. Staude, v. B., Blüml. 21, Böh. 5.

Ernst Wolf, Brandvorwerkstr. 41.

L.-Thonberg, Reitzendorf, Str. 18.

H. Schlichting, Reitzendorf, Str. 18.

Buchhandlungen

Bücher-Ramschhalle, Burgstr. 22.

H. Roßberger, Bayerschestr. 64.

Butterhandlungen

Bücherstr. 36 Dieters.

Milchwirtschaft

Otto Furtner, Kronprinzstr. 11.

I. Hartkopf, Comeniusstr. 8.

J. Hohmann, Emilienstr. 52.

E. Kahn, Co., Pegauerstr. 32.

Geschwister-Pors, Plauenschesch. 3/5.

Reinholt, Richard, Kreuzstr. 33.

Lindenauer Butterb., Moritzstr. 88.

J. Oswald, Volk., Ludwigstr. 99.

M. Schmidl, Co., Pegauerstr. 20.

Otto Studler, Südst. 30.

Traubenhütter, Haase, Lindenau.

F. Wächtler, DuFourstr. 24.

Bürsten, Seife & Pins.

Döring Toilettenteil., Hainstr. 26.

A. Hoffmeister, Co., Pegauerstr. 14.

Kurt Lorenz, Wurznerstr. 62.

Louis Lips, Salzgassen 1.

E. Trümper-Bödemann, Tauchner

Str. 25 F. Wihl, Ziegler, Gasmischstr. 14.

Cacao, Schokol., Kaffee u. Tee

Selma Altmann, Stöß., Krouzstr. 9.

Werner Boss, Ecke Rautenstr. 22.

Dr. Kukla, J. Heyn, Li., Mergel. 55.

Cabao-Häus. Bayer 10 Stadtgeschäfte.

Alb. Gärtner, Eisenbahnstr. 128b.

Johanna Gno, Stü., Schulstr. 9.

J. Grzywot, Zeitzer Str. 31.

H. Hörling, Go., Lind.-Altalsterstr. 26.

J. Kladiva, Lind., Frankfurterstr. 47.

Otto Körner, Wurznerstr. 137.

A. Krömer, Go., Wiederitzsch. 21.

Felix Kretsch, Kizach, Dieskaustr. 14.

A. Fürst, Eut., Wilhelminenstr. 14.

Felix Kretsch, Kizach, Dieskaustr. 14.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

<p>Rob. Reichert, Pfg., Friedrich-August-Str. 27. Eduard Schreck, Kochstr. 14. Alfred Steiger, Torgauerstr. 38. Helene Thiele, Go., St. Privatstr. 23. Gust. Thomas, Tauchaerstr. 48. Weser, Böttcher Nachf., Zeitzerstr. 5. L. Wetzl, Krouzatz. 29. R. Zeller, Gohlis, Reginenstr. 2. H. Ziller, Co., Hornaischestr. 70. Otto Zschener, Auß. 111.-Str. 165.</p>	<p>Rosenberger, P., Gohlis, Lindenstr. 16. H. Schräpfer, Oststr. 102. Rep. bill. Schuhwarenhaus, Sonntag, Schulstr. 2 Bülligste Bezugssquelle roller Schuhwaren, Spoz. M. 7,50-9,00</p>	<p>Dampf-Groß-Wäscherei und Plättanstalt Gewichtswäsche Leihwäsche. „Germania“</p>	<p>Th. Reiss, Dec.-Maler, Mühlenstr. 26. G. Richter, Fleisch, Leipzigerstr. 92. K. Schrader, Beerdungsanst. Tischlerstr. Thalysia, Ref.-Art. Leipzigerstr. 100. Teske, Kol., Altepost Pflaumenstr. 13. H. Voigt, Manufakturw., Damenputz</p>	<p>Wenk, Markranstadt</p>	<p>Zahnatelier, Teilzahlung gestattet. Lorenzstr. 1. Kurt Kuhn, 10 % Rabatt.</p>
<p>Opaker</p>	<p>Rob. Krüger, Pegauerstr. 21.</p>	<p>Papier- und Schreibwaren</p>	<p>G. Uhlemann, Cig.-Fbk., Leipzigstr. 2.</p>	<p>Kunze, Fleischer, Leipzig, St. 85, u. 113</p>	
<p>O.C. Maak, Kontorhaus Kohlepapiere, Farbbänder, Torpedo-Schreibmaschinen.</p>	<p>Völker, Frankfurterstr. 47. W. Winkler, Ang., Mölkauerstr. 28.</p>	<p>Stempel</p>	<p>A. Kunze, Drng., Farb., hol. Leipzigstr. 117 Max Kunze, H., Drng., Id. Leipzigstr. 117</p>		
<p>Gehr. Bohemann, Oetzsch. A. Burkhardt, Go., Münzenstr. 11. H. Günther, Merschburgerstr. 88. O. Liebenthal, Co., Brückstr. 11. Stremann-Krausche, Querstr. 1. R. Körner, Körnerstr. 46 bis Baum.</p>	<p>Uhren, Goldwaren</p>	<p>H. Berg, L.-Pl. Sachsenstr. 24. Herr, Ebersbach, Merschburgerstr. 75.</p>	<p>E. Ohlmeyer, Produkt, Trötschelstr. 12. O. Schumann, Kolonialw., Albertstr. 5.</p>		
<p>Joh. A. Lützmeyer, Bayreacherstr. 81. Bruno Meyer, Dresdenstr. 36. E. Rast, Reichenhainerstr. 37. Paul Vogel, Plagwitz, Karl-Heinestr. 77. A. Welske, Reichenhainerstr. 84. Rich. Zaunholz, G., Kolonialstr. 109.</p>	<p>Wäsche, Wollwaren</p>	<p>Gustav Fritzsch, Kolonialstr. 31. W. Goldammer, Dufourstr. 36.</p>	<p>E. Taggeselle, Idm. e. Stett., Kaff. 1. E. Uhlig, Spez. Fischgeschäft</p>		
<p>Photographische Ateliers</p>	<p>Hagemann, Kasparstr. 32. Otto Haedcke, N., Eisenbahnstr. 9. F. Holzmann, Königstr. 4, 10% Rab.</p>	<p>Wasche, Wollwaren</p>	<p>Gustav Fritzsch, Kolonialstr. 31. W. Goldammer, Dufourstr. 36.</p>	<p>Münzg. Milchh., u. Prodktk., Markt. E. Voigt, Möbelhandlung, Parkstr.</p>	
<p>Paul Berg, J.-Anger, Frankostr. 9. Hoffmann & Jursch, 8. Innestrasse 2. H. Thiele, Hospitalstr. 7.</p>	<p>Bruchmann, Demmeringstr. 52.</p>	<p>Jung & Fröhlig, Elsterstr. 10. H. Kretschmar, Hobelb., Werkz., Schleiferstr. 14.</p>	<p>Eythra</p>	<p>Mockau</p>	
<p>Photo Sticht, Kurfürst. Str. 11.</p>	<p>Lory, Nürnberg, Straße 6. Abonnenten auf Waren 10%.</p>	<p>F. Feil, Elsterstr. 10. H. Kretschmar, Hobelb., Werkz., Schleiferstr. 14.</p>	<p>Kaufhaus Emil Sachse, Leipzig, Str. 200.</p>	<p>Leopold, Phönix-Apotheke.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Alt. Rathaus. — Mitte Naschmarkt.</p>	<p>Julius Linke, Ni., Johanniskirche.</p>	<p>Fr. Reiss, Cig., Endstation.</p>	<p>Pr. Reiss, Cafè, z. Endstation.</p>	
<p>H. Beyer, Jahnstr. 10 b. R. Haberland, Kaiser-Wilhelmstr. 1 Eisenbahnstr. 19.</p>	<p>Reichsamt, Ecken-Schuhmacherg.</p>	<p>Werkzeuge</p>	<p>Cigarren-Sommer, Leipzigstr. 79.</p>	<p>C. Schuhm., Kolonialw., Lorenzstr. 1.</p>	
<p>Photogr. Artikel</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Junge & Fröhlig, Elsterstr. 10. H. Kretschmar, Hobelb., Werkz., Schleiferstr. 14.</p>	<p>M. Dobbracki, Fahrer, Nähmasch.</p>	<p>Schkeuditz</p>	
<p>Photo Sticht, Kurfürst. Str. 11.</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>Th. Feil, Elsterstr. 10. H. Kretschmar, Hobelb., Werkz., Schleiferstr. 14.</p>	<p>J. Diederling, Bäckerei, Bahnhofstr. 52.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Werkzeuge</p>	<p>H. Ebelt, H., Str. 44. Kirschnerstr. 13.</p>	<p>A. Müller, Bäck. 61, W. L. Wied., Sch.</p>	
<p>H. Beyer, Jahnstr. 10 b. R. Haberland, Kaiser-Wilhelmstr. 1 Eisenbahnstr. 19.</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>E. Ohlmeyer, Produkt, Trötschelstr. 12.</p>	<p>E. Schuhm., Kolonialw., Lorenzstr. 1.</p>	
<p>Photogr. Artikel</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Werkzeuge</p>	<p>O. Schuhm., Putz., W. W. Leipzig, St. 109.</p>	<p>E. Taggeselle, Idm. e. Stett., Kaff. 1.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>O. Vetter, Schuhw. u. Rep. 1. Abg. 19.</p>	<p>W. Wend., Leipzig, Str. 91, fikt. Mit. Gefüge.</p>	
<p>H. Beyer, Jahnstr. 10 b. R. Haberland, Kaiser-Wilhelmstr. 1 Eisenbahnstr. 19.</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>H. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Photogr. Artikel</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>H. Beyer, Jahnstr. 10 b. R. Haberland, Kaiser-Wilhelmstr. 1 Eisenbahnstr. 19.</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Photogr. Artikel</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>H. Beyer, Jahnstr. 10 b. R. Haberland, Kaiser-Wilhelmstr. 1 Eisenbahnstr. 19.</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Photogr. Artikel</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>H. Beyer, Jahnstr. 10 b. R. Haberland, Kaiser-Wilhelmstr. 1 Eisenbahnstr. 19.</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Photogr. Artikel</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>H. Beyer, Jahnstr. 10 b. R. Haberland, Kaiser-Wilhelmstr. 1 Eisenbahnstr. 19.</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Photogr. Artikel</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>H. Beyer, Jahnstr. 10 b. R. Haberland, Kaiser-Wilhelmstr. 1 Eisenbahnstr. 19.</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Photogr. Artikel</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>H. Beyer, Jahnstr. 10 b. R. Haberland, Kaiser-Wilhelmstr. 1 Eisenbahnstr. 19.</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Photogr. Artikel</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	
<p>Putz, Modewaren</p>	<p>Raufrus, Eugenlose Trauringe, Zur Trauring-Ecke.</p>	<p>Wolke, Wollwaren</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	<p>W. Wendland, Leipzig, Str. 135, Cigarr.</p>	

